Nr. 402

19. Dezember 1996

Zürich, den 4. Mai 1929. — Nr. 44. Schweizerisches 48. Jahrg. (Juli 1928 bis Juli 1929).



Familien-Wochenblatt

Verlag von G. Meyer • Seefeldstr. 111, Zürich 8

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Hallo Leute; thank you for writing:
Wir sind ja froh, daß unser Aufruf eine solche Resonanz findet, aber daß uns zu dieser Ausgabe mehr ausgefüllte Fragebögen als Textbeiträge erreichen war eigentlich nicht so beabsichtigt.
Mehrere Beiträge zum Thema Castor/Anti-AKW-Bewegung spiegeln einmal einen der politischen Schwerpunkte des vergangenen Jahres wieder. Zwei weitere Texte fanden wir als Hintergrund für die sich ausweitende Diskussion zur 'Sozialen Frage' interessant. - Vielleicht ein weiterer Schwerpunkt im kommenden Jahr??
Mit Hinblick auf das Themenheft Stadtentwicklung vor zwei Wochen möchten wir Gruppen, die zu bestimmten Themen arbeiten ermuntern, uns ihre Ergebnisse zuzuschicken oder mit uns Kontakt aufzunehmen.
Ansonsten weisen wir darauf hin, daß wir über die Feiertage wieder aussetzen werden und im neuen Jahr erst am 9.1. wieder erscheinen.
Wir wünschen unserer Kundschaft viele frohe Feste (unterm Tannenbaum, auf der Weihnachtsparty im EX, bei der Knastdemo an Sylvester ...).

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

ORDNER:
Vom Kuckuck über im Ordner ablegen
Keine A20-Flugi

Inhalt:

Demoaufruf Lüdenscheid 3
Castor-Widerstand 4
Anti-Atom 8
Brief der RAF 11
Erwerbslosengruppe 13
Thesen zur sozialen Frage 16
Revolutionärer Funke 21
Buchbesprechung 23
Earth Crisis Konzert 27
Blinde Passagiere 28

Demo am 21.12.96 in Lüdenscheid gegen die neofaschistischen Versandeinrichtungen DJB Werdohl und den Donner -Versand.

Der DJB (Deutscher Jugend Bund) und der Donner Versand , beides faschistische Versandeinrichtungen haben ein gemeinsames Büro in der Hasleyer Straße 2-6 im 5. Stock .
Der Donner Versand als GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) wird von Harald Theodor Mehr und Stefan Haase geführt (beide ehem. NF Funktionäre).
Der Donner Versand vertreibt in ganz Deutschland MCs, CDs , LPs , Fahnen T-Shirts , Säbel , rechte Publikationen , Büsten rechter Größen , faschistisches Schulungsmaterial , Polizeiknüppel , Aufkleber und -näher , Videos usw .

Harald Th. Mehr stellte bis zum Verbot der NF die „Revolte" und nach dem Verbot die bis jetzt erscheinende Zeitung „Widerstand" her . Sie lehnt sich stark an eine Bündelung faschistischer Gruppen an , so z.B. die JN , SAF (Sauerländer Aktionsfront) und anderer gewalttätiger faschistischer Gruppen (ehem. FAP & NF Spektrum) .

Der Donner Versand und der DJB Werdohl (geführt durch Holger Stenzel) finanzieren im großen Umfang durch ihren Versand den logistischen und strukturellen Aufbau faschistischer Gruppen . Zur Zeit wollen Haase und Mehr in Lüdenscheid noch besser funktionierende Strukturen aufbauen . Sie suchen zu diesem Zweck ein Wohn- und Geschäftshaus , das sie kaufen wollen . Der Kampf gegen die faschistischen Strukturen im Sauerland hat erst begonnen . Das erste Ziel ist die Zerschlagung des Donner Versandes und des DJB .

Das Konzept der Demo und des Autonomen Blocks

Die Demo wird von einem breiten Bündnis getragen . autonome , Antifa Gruppen SchülerInnen , PDS-NRW ,Die Grünen/Bündnis 90 / , türkische und kurdische Gruppen DKP , Flüchtlingshilfe Gruppen unterstützen die Demo und mobilisieren landesweit.
Die Demo beginnt am 21.12.96 um 13.00 Uhr an der Knapper Schule in der Friedrichstraße mit dem Sammeln und der Auftaktkundgebung . Sie wird ca.13.30 Uhr losgehen , wird ca, 2 Stunden dauern und auch an dem Gebäude vorbeigehen in dem sich der Versand befindet . Die Demo wurde von den Grünen/Bündnis 90 angemeldet . Es wird einen autonomen Block geben . Der Lautsprecherwagen wird sich im autonomen Block befinden und wird von allen Gruppen die sich an der Demo beteiligen genutzt . Zu Beginn und während der Demo wird es Redebeiträge geben . Es geht eine von uns organisierte , für alle deutlich erkennbare , Dokumentationsgruppe mit . Blöcke sind während der Demo deutlich als Blöcke erkennbar . Die Demo wird eingehakt und in Ketten gehen bis sie aufgelöst wird .
Wir halten es für vollkommen klar , daß eigenverantwortliche handelnde Menschen aus dem autonomen/anarchistischen und antifaschistischen Spektrum den Konsum von Alkohol , und sonstigen Drogen vor-während und nach der Demo unterlassen , weil sie sich selbst und andere dadurch gefährden könnten . Kommt nicht allein zum Kundgebungsplatz und auch nach der Demo geht in Gruppen zum Auto oder zur veganen Volxküche . Es gibt einen Ermittlungsausschuß . Menschen aus dem Sauerland werden für den Informationsfluß sorgen.

PS: Andre Zimmermann , Führer der Sauerländer Aktionsfront (SAF) und Organisator des „Rudolf Heß - Marsches" ruft im Thule-Netz (Internet) zur AnitAntifa-Demo am 21.12 in Lüdenscheid auf.

Autonome Antifa
c/o Die Grünen
Bahnhofstraße 44
58507 Lüdenscheid

Castor-Transporte - Widerstand



Wohin des Wegs ?

Ein Rückblick und der Versuch einer Einschätzung

Seit nun schon zweieinhalb Jahren läuft die neue Auseinandersetzung über die Castor-Transporte ins Wendland. Während am Anfang vor allem die Gruppen beteiligt waren, die sich mehr oder weniger mit dem Thema sowieso beschäftigten, klinken sich spätestens seit dem 2. Transport im Mai dieses Jahres immer mehr Leute aus anderen Bereichen in das Thema ein. Die Castor-Transporte werden zunehmend ernst genommen, sowohl von linker, als auch von staatlicher Seite. Um so wichtiger ist es genauer zu schauen, was in der Zeit eigentlich passiert ist, und Fragen zu stellen nach dem, was wir damit wollen und was daraus folgt.

Die Situation 1994

Der Zeitpunkt im Juni 1994 den ersten Castor-Transport vom AKW Philippsburg nach Gorleben rollen zu lassen schien gut gewählt. Weder die Atommafia noch die Linke noch die Anti-AKW-Bewegung rechneten mit einer ernsthaften Aussicht, dieses Projekt verhindern zu können. Sowohl die radikale Linke als auch die Anti-AKW-Bewegung war in den Jahren von 1990 bis 1994 mehr oder weniger in sich zusammen gebrochen. Immer mehr Gruppen hatten sich aufgelöst, ohne, daß neue nachgekommen waren. Der Organisierungsgrad von Linken (auf die parlamentarisch orientierte Linke beziehe ich mich nicht, da ich von ihr keine emanzipatorische Politik erwarte) war so gering wie seit den sechziger Jahren nicht mehr. Selbst auf bundesweiten Demos ließen sich selten mehr als 2000 Leute blicken. Ein Abwärtstrend, der drohte sich bis auf das weitere fortzusetzen. Eine Perspektive schien nicht mehr gegeben. Ohne greifbare Alternative hatte die Linke dem Wirtschaftsstandort-Deutschland-Diskrus kaum etwas entgegenzusetzen. Die Diskurs lief an der Linken vorbei und etablierte sich. Die Anti-AKW-Bewegung, die zwar politisch immer ein größeres Spektrum an Leuten umfaßte, thematisch aber wesentlich begrenzter war, hatte mit Wackerdorf mehr oder minder den letzten Ansatzpunkt für eine offensive Politik verloren. Die AKWs waren gebaut und alle Anlagen gut abgeschirmt. Die Strategie der Atommafia, vollendete Tatsachen zu schaffen, ging auf. Ein langwieriger Kampf gegen bestehende laufende Reaktoren und Anlagen schien aussichtslos. Folgerichtig verlegten sich einzelne Initiativen darauf über andere Wege die Konzerne der Atommafia anzugreifen. Der Siemens-Boykott entstand so. Doch diese Ansätze entwickelten keine große Eigendynamik mehr. Viele aktive zogen sich zurück, wie auch in der Linken. Die Lage vermittelte ein Gefühl von Ohnmacht.

Denkste !

Die Situation im Sommer '94 schien wie geschaffen dafür zu sein, den letzten Schritt für die Atomindustrie zu tun: Den inzwischen massenhaft produzierten Atommüll nach Gorleben zu schaffen, und damit das Zwischenlager und mittelfristig auch das Endlager in Betrieb zu nehmen. Eine Konsequenz die allen Beteiligten, auch der Presse, dank der seit den achtziger Jahren immer wieder laufenden Mobilisierung, vollkommen klar war. Das Drehbuch für die nicht beteiligte Öffentlichkeit stand fest: Die letzten aufrechten Reste der Anti-AKW-Bewegung stellen sich dem Castor in den Weg, werden von der Polizei beiseite geschafft und müssen ohnmächtig den Vollzug des Atomstaates zuschauen. Das hatten einen Charakter von David gegen Goliath, wobei allerdings nur demonstriert werden sollte, daß es keine Chance gegen Goliath gibt. Insofern war dieses Plot auch wieder staatskonform gedacht, es sollte entmutigen. Eine schöne Geschichte auch für die Presse. Doch es kam anders.

Es kommt anders

Einige Faktoren, die dazu ihren Beitrag geleistet haben mögen sind folgende: Die örtliche Initiative hat über die Jahre kontinuierlich weiter gearbeitet. So ist es gelungen, daß es keine Generationslücke gegeben hat. In den Jahren '90 bis '94 waren immer wieder neue junge Leute an Aktionen in Gorleben beteiligt gewesen. Dazu kam der hohe Bekanntheitsgrad der Castor-Transporte, aufgrund der wiederholt gelaufenen Mobilisierung. Vor allem aber spielten die aktiven Gruppen vor Ort nicht mit. Anstatt sich in die Rolle der mutig und tapfer Kämpfenden, die alles geben und doch verlieren zu begeben, gab es eher eine Haltung des „wir haben nichts zu verlieren, also machen wir das beste daraus“. Eine Mischung aus neuen und alten Aktiven gelang es mit Aktionen, die einerseits radikal und

wirksam waren, aber andererseits soviel Witz beinhalteten, daß sie auch von der Aktionsform sympathisch genug erschienen, um eine Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, den Transport vorsorglich unmöglich zu machen. Dazu kam, daß es der BI gelungen war wirklich ein breites Bündnis zusammen zu bekommen, mit dem sich viele leicht identifizieren konnten. Bemerkenswert daran ist, daß dies in einer Zeit passierte, in der sich die BRD scheinbar unaufhaltsam nach rechts bewegte. Regierende und Polizei hatten den Widerstand unterschätzt, obwohl sich an den Demos und Aktionen im Sommer 1994 nie wirklich mehr als 3000 Leute beteiligten.
Die Konstellation blieb im Herbst '94 beim zweiten Transportversuch ähnlich. Nur war das Wetter schlechter und die Polizei besser vorbereitet. An der Samstagsdemo in Dannenberg nahmen nur 2000 Menschen teil. Obwohl es auch diesmal verschiedenste Versuche gab witzige und effektive Aktionen zu machen, so schienen sie eher ohnmächtig zu sein, gegen den diesmal besser vorbereiteten Gegner. Hätte das Gericht den Transport nicht gestoppt, wäre die Geschichte mit den Castor-Transporten heute wohl eher Geschichte.

Die Bewegung wächst

So gab es dann '95 den dritten Anlauf den Castor aus Philippsburg nach Gorleben zu schaffen und zum dritten Mal wurde mobilisiert. Zu diesem Zeitpunkt waren die Anti-Atom-Gruppen zwar noch in der defensive aber trotzdem paßte das Plot von David gegen Goliath nicht mehr so recht. Die zwar kleine Anti-Castor-Bewegung schien nicht mehr ohnmächtig, dafür um so aufrechter. Noch immer gab es neue Aktionen, die witzig und effektiv waren, oder aber alle Zuschauenden staunen ließen, wie sie das denn hingekriegt haben. Dazu kam, daß viele Alt-Aktive wieder anfingen munter zu werden und ebenfalls sich beteiligen wollten. Zum ersten Mal kamen rund 5000 Menschen zur Demo am Samstag vor dem Transport, eine Demonstrationsgröße, die für tendenziell linke Demos schon eher einen Seltenheitscharakter hatte. Es fanden die ersten Kriminalisierungsversuche statt. Doch die Bilder, paßten nie so ganz zum Text. Trotz Entschlossenheit sich quer zu stellen, blieben die meisten Aktiven ruhig und besonnen. Viel mehr wurde der Ablauf des Transportes zur Werbeveranstaltung zum aktiv werden, als trotz eines immensen Polizeiaufwands der Transport die Straße zum größten Teil nur entlang kroch.
Das zog: Der nächste Transport wurde am Ende erst ein Jahr später durchgeführt. Denn das der erste Transport viele eher zum Mitmachen angeregt hat, wurde allen schnell klar. Es ist nicht nur so gewesen, daß nach dem ersten Transport viele Alt- oder sowieso schon Aktive erneut dazugekommen sind, zum ersten Mal in den letzten Jahren haben sich zu einem Thema in relativ kurzer Zeit eine größere Anzahl an Leuten in Gruppen organisiert, die vorher nicht politisch organisiert waren. Dieser Trend ist auch nach dem zweiten Transport noch nicht gebrochen worden.

Schwächen im Diskurs

Auch wenn beim zweiten Transport die Kriminalisierungskampagne wesentlich schärfer angelaufen ist, so ist es trotzdem den Regierenden nicht gelungen den Diskurs weg vom Unrecht des Castor-Transportes, und daher dem Recht auf Widerstand, zum reinen staatlichen Gewaltdiskurs umzudrehen (ich schreibe bewußt nicht HERRschenden, da der Begriff mir hier zu unscharf ist. Es herrscht die eine Klasse über die andere, die Männer über die Frauen, die Metropolen über den Trikont, die Weißen über die Schwarzen, ... HERRschen tun wir in diesem Rahmen fast alle, die einen mehr, die anderen weniger. Mit den HERRschenden sind auch ggf. wir gemeint.). Der Polizeieinsatz mußte daher als ein Unrecht wahrgenommen werden, gegen daß alle aufgerufen sind zu kämpfen. In der Folge bildeten sich erneut viele neue Gruppen. Menschen aus allen möglichen Spektren der Gesellschaft schließen sich seid dem in Castor-Gruppen zusammen. Auch die Linke, die bis dahin noch zum Teil abwartend zurückgehalten hatte scheint nunmehr entschlossen, sich an den Aktionen gegen den nächsten Transport zu beteiligen.

Die Linke gegen AKWs ?

Doch was wollen wir als Linke damit ? Die neue Anti-AKW-Bewegung ist so vielfältig, wie die frühere. Zwar gibt es einzelne inhaltliche Überschneidungspunkte zwischen Linken und Anti-AKW-Bewegung, z.B. der Widerstand gegen eine Politik, die von wenigen Regierenden und Konzernen auf kosten von Menschen in Form von Atomkraft gemacht wird, doch daraus folgt noch lange keine gemeinsame emanzipatorische Politik in anderen Bereichen. FrauenLesben feindliche Redebeiträge auf Demos in Dannenberg sind dafür nur ein Beispiel. Eine Argumentation gegen AKWs läßt sich, und wird zum Teil, aus einer reaktionären Perspektive führen. Wie war das noch gleich mit dem Schutz des ungeborenen Lebens, der Gene und davor, daß FrauenLesben doch bitte keine „behinderten" Kinder bekommen sollen ? Welches Leben war da noch lebenswert ? Welche HERRschen da ?

Was tun ? Zwei Strategien:

Für mich zeichnen sich zur Zeit zwei Strategien für den Umgang mit der Castor-Thematik ab. Beide haben vor und Nachteile. Ich denke sie sollten ausführlichst diskutiert werden. Da ich selbst vor allem eine Strategie befürworte, aber nicht glaube, daß meine Löffel der Weisheit unendlich groß waren, erwarte ich gespannt Reaktionen:
1. Wir konzentrieren uns darauf, den Castor als ein (symbolisch) herausragendes Übel unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf vielen

wirksamen Aktionen, z.B. um die Bahn zu zwingen, mit dem Transport der Behälter aufzuhören. Wir wählen dabei unsere Aktionsformen, die wir für angemessen halten, um unser Ziel zu erreichen. Da die Transporte nur sehr aufwendig zu schützen und die Bahnstrecken noch immer nicht komplett überwachbar sind, könnte dies ein tatsächlich machbares Unterfangen sein. Erreichen würden wir damit unter Umständen, daß sich die Atommafia vorerst nicht traut, offensiv Politik zu machen. Auch wäre denen, die uns beHERRschen, gezeigt, daß wir ihnen noch immer Grenzen setzen können. Es bleibt aber die Frage, in wie weit sich der Widerstand gegen den Castor noch auf andere Bereiche der Politik, die an sich einen ähnlich entschiedenen Widerstand nötig machen würden, übertragen lassen würde. Der Diskurs, der bei dieser Strategie geführt würde, wäre durch die Aktionen bestimmt, und sich vermutlich wieder um „Gewalt" von Staat und/oder uns drehen. Die Gewalt durch den Castor und Atomindustrie würden wiederum in den Hintergrund treten. Um einen solchen Diskurs etwas wirklich entgegensetzen zu können, ist die Anti-Castor-Bewegung zu schwach. Zumal wir uns durch die Aktionen auch am Diskurs beteiligen würden. Denn es geht dabei um „wir gegen den Atomstaat"; das verstehen alle.

2. Wir nutzen die breite Bewegung gegen die Castor-Transporte, um zu versuchen in einer breiteren Öffentlichkeit wieder linke Ziele und Utopien als die bessere Alternative vorzustellen. D.h. es müßte darum gehen einen Diskurs über Inhalte und Ziele von Politik mit unseren Begriffen bzw. Begriffen, die wir neu besetzen, zu führen. Damit könnte vielleicht den bestehenden, durchweg reaktionären Diskursen wirksam etwas entgegengesetzt werden. Ziel dabei wäre es, den Widerstand gegen den Castor in Begriffe und Zusammenhänge zu stellen, die über den Castor selbst und auch über die Anti-AKW-Politik hinaus bestand haben. Der Castor bietet sich dafür an, denn bis jetzt sind die Rechten, die pro Atomkraft sind, damit gescheitert, mit Begriffen ihrer Diskurse, die Castor-Transporte in ihrem Licht erscheinen zu lassen. Weder der Anti-PC-Diskurs, noch der Wirtschaftsstandort-Deutschland-Diskurs, die zur Zeit beide gesellschaftlich relativ breit getragen werden, haben einen wesentlichen Ansatzpunkt um die Castor-Transporte zu legitimieren. Selbst der „Gewalt ist Böse"-Diskurs (der sich hauptsächlich auf nicht staatliche Gewalt bezieht) konnte wegen der Zusammensetzung des Widerstands und dem noch immer existierenden Konsens von „keine Gefährdung von Menschen durch Aktionen" nicht wirksam angewandt werden. Diese Schwäche könnten wir nutzen. Derzeit dreht sich die Diskussion noch immer hauptsächlich um die Gefährlichkeit vom Castor, sowie im allgemeinen der Atomkraft. Ziel sollte sein, Begriffe zu finden, die sowohl den Kampf gegen den Castor betreffend beschreiben, darüber hinaus auch in anderen Bereichen linke Positionen beinhalten, und insgesamt positiv belegt sind. Dafür bieten sich z.B. Begrifflichkeiten, wie Würde, Respekt vor anderen oder auch die Republik Freies Wendland, als Utopie für eine Politik und einen Umgang der die Würde der Einzelnen respektiert, an.

Zu den Begriffen

Es geht mir darum positive Begriffe zu finden, mit denen sich der Widerstand im Wendland auch in einen globalen Zusammenhang stellen läßt. Überall auf der Welt kämpfen Menschen um die Anerkennung ihrer Würde und Respekt (z.B. die Zapatistas in Mexiko). Die Begriffe sollen etwas kurz benennen, was wir wollen, und nicht, was wir alles nicht wollen. Sie sollen eine Perspektive aufzeigen, und so dem Gefühl der Ohnmacht, daß am aktiv werden hindert entgegenwirken. Gleichzeitig sollen sie auch gedankliche Brücken schlagen, einen Perspektivenwechsel ermöglichen. Ein Begriff wie HERRschaftsfreie Gesellschaft ist für Menschen, die sich erst von den Kategorien des Wirtschaftsstandortes losmachen müssen, zu abgehoben; noch nicht denkbar. Würde und Respekt sind Zwischenschritte, aus denen sich die Abschaffung der HERRschaft ableiten lassen kann. Trotzdem sind die Begriffe Vorschläge von mir und sollten diskutiert werden. Eine gute und konkrete Ausformulierung müßte noch geschehen.

Wie wäre das umzusetzen ?

Hauptsächlich müßte dem existierenden Widerstand gegen die Castor-Transporte ein neuer Name gegeben werden. Die Menschen kämpfen nicht nur gegen die Gefahr der Strahlung, sondern auch dafür, daß sie als Menschen respektiert werden. Gegen eine Politik der Stärkeren auf Kosten der schwächeren. Da wir nur eine beschränkte Öffentlichkeit haben, müßte sich diese Umbenennung sowohl Verbal, d.h. in unseren Medien oder auch Demo-Reden, als auch Non-Verbal durch unsere Aktionen ausdrücken. Vor allem durch die gelungenen Aktionen ist eine erhebliche Öffentlichkeit erreicht worden. Durch sie bestimmen wir einen erheblichen Teil von dem Diskurs, der geführt wird. Dabei nützt es nicht viel, wenn wir einerseits gute Texte mit unserem Diskurs, also dem, was wir alles wollen, schreiben und sie in unseren Medien veröffentlichen, wenn die Aktion selbst in einen anderen öffentlichen Diskurs, der mit viel mehr Macht betrieben wird hineinpassen. Was wir sagen geht dann nur unter. Deshalb unterscheidet sich auch die Aktionsformen der zweiten Strategie ggf. von denen der ersten Strategie. Die erste Strategie muß auf die öffentlichen Diskurse keine Rücksicht nehmen. Ihr Ziel ist es den Castor zu verhindern, und nicht weitergehende Ziele in eine breite Öffentlichkeit zu vermitteln. Sich zu überlegen, was, wie durch eine Aktion ausgedrückt werden könnte, erfordert sicherlich einiges an Phantasie, um noch immer wirksame Aktionen zu finden, die das Ausdrücken, was wir sagen wollen. Denn wir wollen auch Widerstand ausdrücken, und dies auch noch bei einem Teil der Öffentlichkeit so ankommen lassen, wie wir es wollen.

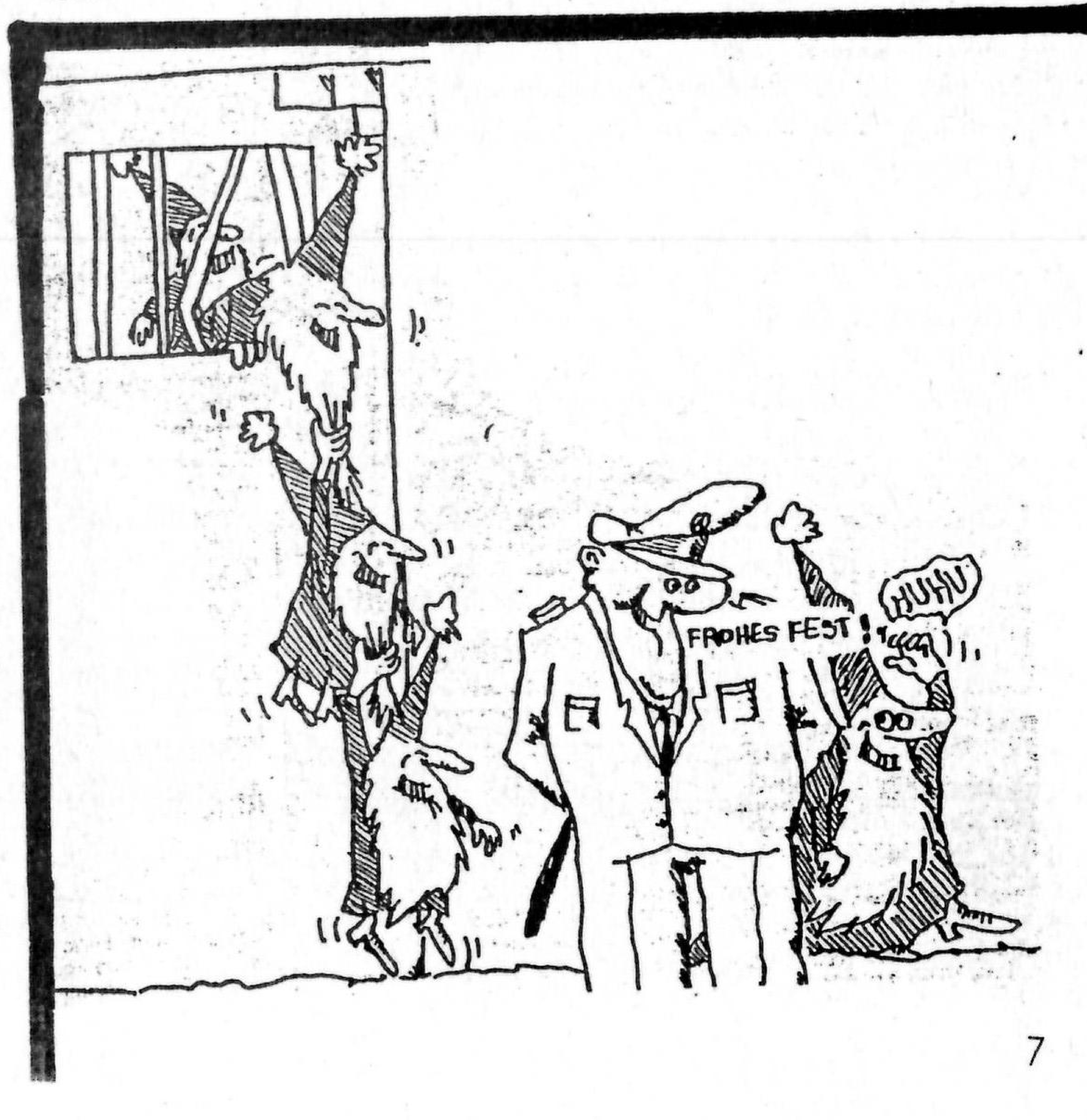
Ein Plädoyer

Ihr werdet es schon gemerkt haben, daß ich die zweite Strategie für sinnvoller halte. Hier noch mal einige Gründe warum ich das meine:

- Linke Politik hat sich in den letzten Jahren immer wieder am Widerstand gegen alles mögliche abgearbeitet. Das war zwar gut und richtig, doch steht die Linke nun in der Mitte der 90iger Jahre als kleines Häufchen da. Eine Politik, die sich nicht um öffentliche Diskurse kümmert, ist langfristig nicht mehr sinnvoll, wenn wir uns nicht noch mehr isolieren wollen. Wir müssen uns darum kümmern wieder andere Menschen für uns zu gewinnen.
- Der Castor ist nicht das Hauptproblem der Welt. Dieses System funktioniert auch ohne AKWs. Die Aussicht endlich einmal wieder erfolgreich Widerstand zu leisten lockt offensichtlich viele, sich trotzdem gegen den Castor zu engagieren. Gezielte Aktionen, die häufig darauf abzielen, den Castor zu stoppen, stellen oft ein hohes Risiko dar und sind mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden.
- Wir haben aber nur beschränkt Zeit und Kraft. Das bedeutet, daß wir uns deshalb zum Teil schon entscheiden müssen worein wir unsere Energie stecken.
- Gute Aktionen gegen Castor-Transporte können auch andere gegen die Transporte aktiven machen. Utopien entwickeln, den Widerstand in einen linken Zusammenhang stellen und linke Ziele einbringen, wird uns aber niemand abnehmen.
- In einer Zeit, in der die Repression immer schärfer wird, sind, Falls einmal welche erwischt werden, immer die Gleichen (Linken) noch Jahre später damit beschäftigt, das ganze auszubaden. Das immer stärkere Anziehen der Repression wird aber nur dadurch zu stoppen sein, wenn sich mehr Leute davon betroffen fühlen. Eine breitere Basis dagegen wird allmählich dringend notwendig. Doch dafür müssen sich viele langfristig mit unseren Zielen identifizieren. Ist das beim Castor gegeben ?
- Die Castor-Transporte stellen eine gute Chance dar, wieder eine breitere Öffentlichkeit für unsere Ziele und Inhalte zu interessieren. Wir sollten sie nicht ungenutzt verstreichen lassen oder die Möglichkeit durch Wirksame aber abschreckende Aktionen zunichte machen. Es muß Anknüpfungspunkte zwischen uns und den noch nicht Aktiven geben, die sich auch in den Aktionen ausdrücken.
- Die Anti-AKW-Bewegung ist nicht zwangsläufig links, wenn sie das sein soll, dann müssen wir dafür sorgen.
- Wenn es gelingt, die Anti-AKW-Aktiven für einen allgemeineren Diskurs, der auch auf andere Bereiche übertragbar ist, zu gewinnen, so können die gegen den Castor Aktiven mit ihrem höheren Grad an Organisierung schneller wirksam zu anderen Themen arbeiten.
- Eine Durchbrechung vom Wirtschaftsstandort-Deutschland etc. als oberstes Kriterium der derzeitigen Politik durch uns, würde massive Auswirkungen in unserem Sinne auf alle Bereiche der Politik haben. Ich denke, dies sollte unser Ziel sein.
- Die Angst vor einer neuen, starken, linken Bewegung dürfte für einige Leute, die bei uns Politik machen wesentlich schwerer wiegen, als die Angst vor möglichen großflächigen Stillegungen der Bahn oder ähnlichen Aktionen.
- Ein Argument für beide Strategien ist sicherlich, daß das vorherrschende Gefühl von Ohnmacht, durch den wirksamen Widerstand gebrochen wird.
- Für den die erste Strategie spricht, daß wir uns nicht durch irgendwas unsere Aktionsform diktieren lassen. Die Frage ist aber, ob das hier sinnvoll ist, da der Castor nicht das schlimmste Übel bei uns ist.

Um es noch einmal klar zu stellen: Es geht mir nicht darum irgend eine Richtung der Aktionsform zu verdammen. Mir geht es darum zu fragen, welche Ziele wir verfolgen, und ob unsere Aktionen dorthin führen können: Wollen wir hauptsächlich den Castor stoppen, oder die Fragestellungen an Politik in den Köpfen verändern. Angesichts vieler Problemfelder, die unsere Energie auch dringend brauchen und wesentlich eindeutiger eine linke Politik darstellen, sollten sich alle überlegen, was sie warum mit der Anti-Castor-Bewegung wollen. Meine Schlußfolgerung ist es, durch die Anti-Castor-Bewegung zu versuchen linke Utopien wieder denkbar als Alternative aufzubauen, um damit die Kritik am bestehenden möglich zu machen. Denn die Visionen für eine bessere Zukunft haben weder die Esos, noch die Rechten, sondern wir, die Linken.
Einige werden es sicherlich bemerkt haben, daß ich mich auf andere vorangegangene Texte bezogen habe. Mir ist erst jetzt aufgefallen, daß ich sie nicht konkret erwähnt habe. Ich hoffe, daß stört erstmal nicht. Die, von denen die anderen Texte waren, werden sich schon angesprochen fühlen. Auf eine interessante Diskussion.

loin



Wir wollen keine, wollen wir nicht!
Ansätze zur Neuorientierung für eine Anti-Atom-Bewegung



Vielfalt ist eines der häufigst gebrauchten Worte der Anti-Castor-Bewegung. Das ist sehr lobenswert, aber wo finden wir diese Vielfalt? Die örtlichen BI's gegen Atomanlagen sind zumeist legalistisch (gegen gesellschaftskritische, revolutionäre Ansätze). Die Anti-Castor-Bewegung wird durch Medienkampagnen, die mit Terrorismusvorfwürfen operieren, bekämpft, da es versäumt wurde, verschiedene Formen von Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll zu kombinieren. Die Anti-Atom-Bewegung läßt das Entstehen von Vakuums in der öffentlichen Meinung zu. Wegen Distanzierungsbedürfnissen untereinander und aus Bequemlichkeit fühlt sich auch dann niemand für deren Füllung mit gesellschaftskritischen (revolutionären) Inhalten verantwortlich, wenn für alle politisch aufmerksamen Menschen erkennbar Anschlagsserien bevorstehen, die ohne vorheriges Schaffen eines für die Anti-Atom-Bewegung positiven gesellschaftlichen Klimas von den Herrschenden für Terrorismuskampagnen funktionalisiert werden.

Betont wird fortwährend die Breite der Bewegung, die zugleich ihre Stärke sei. Doch bei näherer Betrachtung sind sowohl die Aktionen, als auch die inhaltlichen Schwerpunkte auf die Themen Gesundheitsschäden und Umweltschäden, Transport und Endlagerung beschränkt.

Die früheren Erfolge der Anti-Atom-Bewegung, haben zu einer seit über einem Jahrzehnt andauernden Stagnation des Atom-Programms beigetragen. (Dieser Patt zwischen Atommafia und Anti-Atom-Bewegung ist heute mehr denn je zu Gunsten der Atommafia infrage gestellt.) Diese früheren Erfolge resultierten aus der inhaltlichen und praktischen Bezugnahme auf die Atomnutzung. Gearbeitet wurde zu einer breiten Palette von Themen, wie Struktur und Machtfülle der Energiekonzerne, Planung, Bau und Betrieb von AKWs; Brennelementeproduktion , militärische Nutzung Repression gegen AtomkraftgegnerInnen und auch zu Transport, Zwischen- und Endlagerung. Diese Inhalte wurden mit großem Selbstbewußtsein (und wenig vorauseilenden Selbstbeschneidungen) in phantasievolle und massenhafte Aktionen umgesetzt.

Heute steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen Gorleben und die DB AG. Begründet wird diese Verengung damit, daß der Transport das Nadelöhr oder auch die Achillesferse der Atommafia sei. Diese Verengung läßt die Anti-Atom-Bewegung zu einer Anti-Castor-Bewegung schrumpfen. Auch bei den Aktionsschwerpunkten ist keine Vielfalt zu beobachten. Besonderer Beliebtheit erfreut sich die Bahn. Die Zielrichtung scheint offensichtlich zu sein, ausschweifende Erklärungen überflüssig. Solange sich die Aktionen auf die Transporte ins Wendland beziehen, sprechen die Ergebnisse für sich. Jedoch symbolisieren Gorleben und die DB nicht die gesamte Atomnutzung, sondern nur einen Ausschnitt der Teilbereiche Lagerung und Transport.

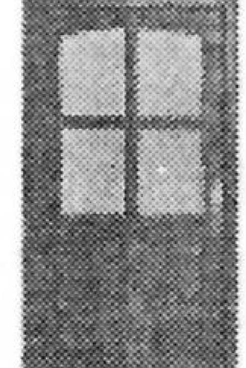
Die DB ist zwar auch Miteigentümerin von Atomanlagen, unter anderem Miteigentümerin des AKWs Neckarwestheim (18,2%), was den Zusammenhang zur Atommafia herstellen könnte, doch in der Symbolik der bisherigen Aktionen nicht zum Ausdruck kommt. (Wer weiß das schon?).

Die Beschränkung der Anti-Atom-Bewegung auf Transport und Lagerung kann in eine Sackgasse führen. Die Endlagerung muß nicht notwendigerweise in der BRD stattfinden, seit Jahren ist die Endlagerung Thema wildester Phantasien (Lagerungsorte wie Weltraum, Wüste Gobi usw. sind im Gespräch und ob das zwischen/endgelagerte strahlende Material aus Sellafield und La Hague wieder in die BRD zurückkommt, ist eine offene Frage). Bei einer derartigen Beantwortung der Endlagerungsfrage würde die Anti-Castor-Bewegung ins Leere laufen. Perspektiven kann die derzeitige Bewegung nur entfalten, wenn die Inhalte und besonders die Aktionen thematisch auf die gesamte Atom-Nutzung ausgeweitet werden und wir es schaffen übers Wendland hinaus handlungsfähig zu werden. Ansatzpunkte sind teilweise zu erkennen siehe die zaghaften Versuche Siemensboykott, Krümmel, Neckarwestheim, Göttingen.

Es gibt noch mehrere Gründe die Aktionen nicht nur auf die Bahn zu fokussieren. Die Überwachung der Bahnanlagen ist nach den zahlreichen Aktionen verstärkt worden (Einsatz von Hubschraubern mit Infrarotgeräten, BGS, usw.). Sogar die Bundeswehr soll Übungen vordringlich in der Nähe von Bahnlagern durchführen. Daher stellt sich die Frage ob wir unsere Betätigungsfelder nicht erweitern sollten, womit die Gegenseite nicht rechnet. Ansatzpunkte wären da zum Beispiel regionale Energieversorgungsunternehmen oder Großkonzerne, wie SIEMENS und die DEUTSCHE BANK. Letztere stehen einerseits für die deutschen Großmachtstrategien der letzten hundert Jahre und andererseits für weltweite Ausbeutung, Unterdrückung und Profitmaximierung.

Was muß getan werden um die Anti-Castor- Bewegung thematisch wieder zur Anti- Atomkraft- Bewegung zu erweitern?

Es sollte vermittelbar sein, warum ein bestimmtes Ziel für Aktionen gewählt wird. Das bedeutet, daß der Zusammenhang erklärt wird, oder die Aktion sich selbst erläutert. Dazu ist die rechtzeitige aktive Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas (profan auch Öffentlichkeitsarbeit genannt) im Sinne der Anti-Atom-Bewegung hilfreich. Die Konsequenz aus den bisherigen Überlegungen ist, daß es eine wirkliche Abschaffung/ Beendigung der Atomnutzung nicht ohne eine gesamtgesellschaftliche Revolutionierung geben wird. Dafür ist es aber notwendig die diesen Überlegungen zugrunde liegenden Inhalte - militärische Nutzung und damit verbundene Firmenvernetzung, Verflechtung und politische Machtfülle der Energiekonzerne, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen weltweit (z.B. Uranabbau), Utopien für eine befreite Gesellschaft, Führung und Vermittlung der Diskussion um die herrschende Ideologie von Kapitalismus, Rassismus und Sexismus - offensiv, verständlich und vermittelbar in die Auseinandersetzung zu tragen. Es wird Atomnutzung wie andere menschenverachtende Technologien so lange geben, wie im vorherrschenden Gesellschaftsbild die Profitmaximierung kapitalistische, sexistische und rassistische Ausbeutung und Unterdrückung legitimiert. Gefahren und Risiken sind letztlich nicht beherrschbar und ist mittlerweile gesellschaftliches Allgemeinwissen, deshalb ist es nicht mehr zu rechtfertigen, daß dieser Allgemeinplatz unsere Öffentlichkeitsarbeit weiter dominiert.



Gruppe gegen die
inhaltliche Stillegung
der Anti-Atom-Bewegung

Für offene Türen und neue Wege!

Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber noch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.
T.J. Dunning 1860
zitiert bei Karl Marx, Das Kapital I, Berlin 1973, S. 788

Matthias Küntzel

Hochangereicherte Diplomatie

In Garching wird in diesem Sommer mit dem Bau eines Forschungsreaktors begonnen, der nicht aus ökologischen, sondern aus politischen Gründen in das Kreuzfeuer der internationalen Kritik geraten ist. Die Frage ist: Warum setzt Bonn auf Waffenuran?

Obwohl der Garchinger Reaktor (FRM II) ohne Funktionsverlust mit niedrig angereichertem, d.h. waffenuntauglichem Uran betrieben werden könnte, hat die Bundesregierung den Einsatz des Hiroshima-Stoffes »High Enriched Uranium«, kurz: HEU durchgesetzt. Die »New York Times« sieht darin einen »unverschämten Verstoß« gegen die weltweiten Anstrengungen, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, und nennt Deutschland in einem Atemzug mit Libyen und China. »Die Geschichte dieses Reaktors«, so ihr sarkastisches Resümee, »illustriert hervorragend den neuen Charakter der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Kriegs« (»NYT«, 22.7.95).

Warum besteht Bonn auf dem Einsatz von HEU? Hochangereichertes Uran ist unbrauchbar für die Energiegewinnung und unnötig für die Forschung, als Waffenstoff jedoch optimal. Anders als Plutonium ist Waffenuran extrem leicht handhabbar. Für eine Bombe mit modernstem Sprengdesign reichen fünf Kilogramm aus. Um das Volumen/Sprengkraft-Verhältnis zu verbessern, wurden große HEU-Mengen bei modernen US-Atomwaffen eingesetzt.

Die USA, die in der Nato der einzige Produzent von Waffenuran sind, haben, gestützt auf jenes Monopol, bislang vergeblich versucht, das deutsche Reaktorkonzept zu Fall zu bringen. Hinter dieser Politik steht das durchaus eigennützige Interesse, die Weiterverbreitung von HEU und Plutonium zu verhindern, um in einer Situation veränderter globaler Kräfteverhältnisse zumindest die nukleare Weltordnung (und die eigene Dominanz darin) stabil zu halten.

Seit fast 20 Jahren wird HEU in US-gesponsorten Reaktorprogrammen durch leichtangereichertes Uran, kurz: LEU, ersetzt. Weltweit ist diese Umstellung in bisher 53 von 61 Reaktoren im Gange oder erfolgt; es wurde seither (mit Ausnahme Libyens und der VR China) kein neuer HEU-Reaktor mehr gebaut. Um den Handel mit Waffenuran aus zerstörten russischen Atomwaffen zu unterbinden, sind die USA zu erheblichen Investitionen bereit. So wollen sie innerhalb der nächsten 20 Jahre russisches HEU im Wert von 12 Milliarden Dollar aufkaufen, um es für Waffenzwecke untauglich zu machen.

Von diesem Globalkonzept wird nach dem Bau des Garchinger Reaktors, der für seinen Betrieb 1.000 kg HEU benötigt, nur ein Scherbenhaufen übrig sein. Denn durch diesen Reaktor wird die nukleare Weltordnung, der Bonn sich nicht länger unterzuordnen gedenkt, destabilisiert: Das weltweite Moratorium über den Nichtbau neuer HEU-Reaktoren wird ausgehebelt und für die weltweite Verbreitung russischen Waffenurans eine Bresche geschlagen. Entsprechend verbittert reagierten die USA.

1991 verweigerten sie in einem ersten Schritt die Lieferung von HEU an die Deutschen. Später wurde bei allen potentiellen Lieferanten von Bombenuran eine Boykottbewegung initiiert: Nachdem Großbritannien im Mai 1994 auf Veranlassung des State Department erklärte, keine britischen HEU-Bestände für Garching zur Verfügung stellen zu wollen, waren nur noch drei potentielle HEU-Lieferanten – Frankreich, Rußland und die VR China – im Spiel. »Diplomatischen Quellen zufolge tendiert Washington zu einer förmlichen Initiative mit dem Ziel, alle drei Länder dafür zu gewinnen, den Verkauf von HEU an Deutschland zu verweigern«, schrieb damals das US-amerikanische Fachblatt »Nuclear Fuel« (23.5.94). Gleichzeitig intervenierte man innenpolitisch: Die Clinton-Administration bekräftigte ihre Ablehnung mit einer schriftlichen Stellungnahme, die man – »unaufgefordert und ohne weitere Erläuterung«, wie das Auswärtige Amt verschnupft kommentierte – nicht nur der Bundesregierung, sondern zugleich der deutschen Presse und dem Bürgermeister von München zukommen ließ. Im September 1994 folgte das Angebot des US-Energieministeriums, Deutschland die Forschungskapazitäten der USA zur Verfügung zu stellen, um in Garching den weltweit höchsten Neutronenfluß pro Energieeinheit – auf der Basis von Nichtwaffen-Uran, versteht sich – zu gewährleisten, was Bonn postwendend als Provokation und Einmischung zurückwies.

Die USA standen mit ihrer Forderung nicht allein. Im Mai 1995 unterbreiteten elf Länder, darunter die EU-Staaten Österreich, Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweden, Finnland und Irland der Konferenz zur Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages einen Resolutionsentwurf mit der Empfehlung, »keine neuen zivilen Forschungsreaktoren zu bauen, die HEU benötigen«. Im Juli 1995 sprach sich die mit dem Friedensnobelpreis bedachte Pugwash-Konferenz gegen das Garching-Konzept aus, im August 1995 schließlich auch die Internationale Atomenergie-Organisation. Sieben Jahre zuvor hatte die Sorge vor derartigen Protesten im Auswärtigen Amt zu einer deutlichen Kritik am HEU-Reaktorkonzept geführt. »Die Bundesregierung würde ... erheblichen innen- und außenpolitischen Druck erwarten müssen, wenn sie den Plänen der TU München zustimmte«, hatte am 3. Februar 1988 das Auswärtige Amt in einer deutlichen Stellungnahme gewarnt.

Mit dieser Rücksichtsnahme auf das internationale Umfeld, die 1988 dem Auswärtigen Amt noch geboten schien, war es nach der Wiedervereinigung vorbei. Ebenso rücksichtslos wie schlau konterten die Deutschen nun die von Washington koordinierte Boykottbewegung mit einem Schachzug, dessen paradigmatische Bedeutung für die Zukunft der deutschen Außenpolitik gar nicht überschätzt werden kann: Zum ersten Mal wurde Rußland als Lieferant für das Bombenmaterial nach Westeuropa ins Spiel gebracht und dafür auch gewonnen. Die USA waren aus guten Gründen entsetzt und baten die Bundesregierung unverzüglich um eine Erklärung. Al Gore, der Vizepräsident der USA, reiste nach Moskau, um in Verhandlungen mit dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin die neue HEU-Connection zu unterbinden. Man sehe mit der Atomachse Moskau-Bonn die fast 20-jährigen Anstrengungen der USA, den internationalen Markt für Waffenuran auszutrocknen, »im Handstreich« zerstört, klagte das »Wall Street Journal«. Die »International Herald Tribune« bedauerte »Washingtons schwindende Fähigkeit, auf einen entscheidenden Verbündeten in Europa in einem Punkt noch Einfluß nehmen zu können, der als einer seiner wesentlichen außenpolitischen Ziele betrachtet wird« (21.7.95).

Bonn ist sich über die Brisanz der deutsch-russischen Zusammenarbeit auf atomwaffenrelevantem Gebiet – von 1928 bis 1932 hatte die deutsche Reichswehr mit der Roten Armee diskret kooperiert, um die Deutschland betreffenden Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages zu umgehen – durchaus im klaren, was zu besonderen Sprachregelungen und einer Instrumentalisierung der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom Anlaß gab. Wie »Nuclear Fuel« im Februar 1995 unter Berufung auf westliche Diplomaten erklärte, würde sich auch heute »Deutschland nicht trauen, HEU einfach so von Rußland zu kaufen. Aber wenn die Deutschen die Euratom Supply Agency (ESA) die Kaufgeschäfte machen lassen, dann kommt russisches HEU in Euratoms *black box* und wird später nach Deutschland für den FRM II weitergegeben.« Bis heute hat sich die Bundesregierung hinter der Euratom-Versorgungsagentur versteckt, unter deren Fittichen sie die Lieferungen des Waffenstoffs abwickeln will.

Spätestens die Öffnung des russisch-deutschen Lieferweges macht klar, daß mit Garching keine Posse aus der bayerischen Provinz inszeniert, sondern ein machtpolitisches Exempel erster Güte statuiert worden ist. Von einem »zentralpolitischen« Thema

sprach der Vertreter der Bundesregierung in der vertraulichen Runde des Bundesforschungsausschusses in Bonn, »wobei die entscheidende Frage bei diesem Thema die nach dem Konflikt mit den USA sei«.

Diese Frage ist heute beantwortet. Im Poker um Garching hat die Bundesregierung die US-amerikanische Außenpolitik auf einem für sie wesentlichen Terrain herausgefordert und geschlagen. Entsprechend forsch pocht man derzeit auf das nationale Interesse und denunziert die Kritik an der Verwendung von HEU als Vaterlandsverrat. »Jeder, der das Garchinger Projekt beanstandet, diffamiert die Bundesrepublik«, hat ein Vertreter der den Reaktor betreibenden TU München



kürzlich erklärt. »Es sei verständlich«, betonte in der schon erwähnten Sitzung des Bundesforschungsausschusses der Vertreter der CDU, »wenn Amerikaner ihre Interessen verträten, aber er nehme es einem deutschen Abgeordneten, einer deutschen Landesregierung oder gar Bundesregierung übel, wenn sie nicht die deutschen Interessen ebenso dezidiert vertreten würden.« (zit. n. d. offiziellen Kurzprotokoll – »nur für den Dienstgebrauch« – des Bundesforschungsausschusses).

Es bleibt die Frage nach dem Motiv für ein derart rüpelhaftes Vorgehen. Was interessiert die Bundesrepublik ausgerechnet an diesem HEU? Warum wird unter die internationalen Bemühungen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen eine deutsche Bombe gelegt? Der PDS-Bundestagssprecher beantwortet diese Frage wie folgt: »Es ist reines Prestigedenken, daß die TU München beabsichtigt, ihren neuen Forschungsreaktor mit waffenfähigem Uran zu betreiben.« Frau Sturm, eine Sprecherin der bayerischen Grünen ergänzt: »Weil eine unbelehrbare Bayerische Staatsregierung und wenige verantwortungslose Wissenschaftler an der Technischen Universität München an ihren vermeintlich billigeren Reaktorplänen festhalten.« Weil der »miefig-provinzielle Starrsinn einer Handvoll Garchinger Professoren offenbar schwerer wiegt als der Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen«, resümiert schließlich Gerd Rosenkranz in der »Taz«. Alle diese Antworten gehen von einer gemeinsamen Voraussetzung aus: Auf die Frage nach dem Motiv der deutschen HEU-Politik ist jede noch so abstruse Antwort willkommen, sofern nur das Tabuthema der deutschen Macht- und Atomwaffenpolitik sorgfältig ausgeblendet bleibt.

Diese Denkblockade hat bei den deutschen HEU-Gegnergruppen Tradition, waren doch ursprünglich die »deutschen Interessen« mit dem eigenen Anliegen kompatibel und das HEU-Konzept also verwerflich, weil es die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik zu beschädigen drohte. Hinzu kam die Sorge um die Reputation der eigenen Kritik – etwa in dem artigen Glaubensbekenntnis von 50 deutschen Physikern in einem Offenen Brief gegen den Einsatz des Bombenurans: »Wir glauben auch nicht, daß hier irgendwelche Kernwaffenoptionen bestehen. Die politische Situation in Deutschland ist im Gegenteil günstig zu beurteilen.« Als im April dieses Jahres diese freundlichen Worte ebenso wie die beredte Sorge um die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik ignoriert und die Genehmigung für den HEU-Reaktor erteilt wurde, hätte dies eigentlich ein böses Erwachen zur Folge haben müssen. Doch das Gegenteil war der Fall. Je offensiver sich die deutsche Nuklearpolitik zu ihren Zielen bekennt, desto beflissener weichen ihre deutschen Kritiker zurück. Die Anpassung funktioniert als Identifikation mit der Bonner Außenpolitik: Es wird ausgeklammert, was in das positiv gefärbte Bild nicht paßt, und jede noch so abstruse Erklärung für die HEU-Option dankbar aufgegriffen, sofern das Tabuthema der deutschen Macht- und Atomwaffenpolitik weiterhin brav ausgeklammert bleibt. »Zu den im eigenen Land wenig honorierten Leistungen der jüngeren deutschen Außenpolitik gehört eine eigenständige nukleare Abrüstungsdiplomatie, die Bonn bei anderen Staaten ohne Kernwaffen ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit einbrachte. Dieser Vertrauensvorschuß wird in Garching verspielt«, bedauerte am 16. April dieses Jahres Gerd Rosenkranz anläßlich der Baugenehmigung für Garching auf der Titelseite der »Taz«. Deshalb, so fuhr er fort, sei »die von der bayerischen Staatsregierung erteilte Baugenehmigung ... eine Niederlage ... für die Bonner Außenpolitik« und »ein Affront ... gegen Bonn... Nur: Klaus Kinkel merkt es nicht oder will es nicht merken«, schrieb Rosenkranz und tröstet die »Taz«-Klientel mit dem Hinweis, daß noch einige Jahre bis zur Inbetriebnahme des Reaktors vergehen werden: »Fünf Jahre zum Nachdenken. Über Prioritäten« (10.4.96). Wo Aufklärung erforderlich gewesen wäre, wird Gegenaufklärung betrieben und die mit dem HEU vollzogene Weichenstellung zu deutscher Großmachtpolitik kaschiert.

Aus welchem Grund also setzt Bonn auf das HEU? Wer diese Frage ernsthaft stellt, wird in etwa auf die folgenden Antworten stoßen: Erstens haben die Deutschen das statuspolitische Interesse, der Welt zu zeigen, daß die Bundesrepublik ihre nuklearen Interessen auch gegen den Willen der USA durchzusetzen in der Lage ist. Mit der am Beispiel Garchings demonstrierten Immunität gegen Proteste von außen wird ein Politikmuster geprägt, auf das bei künftigen Atomprojekten, etwa im Rahmen der Europäischen Union, zurückgegriffen werden kann.

Es zählt zweitens das außenpolitische Interesse, den Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften der GUS-Staaten nicht den USA zu überlassen, sondern auf diesem sensiblen Gebiet einen selbständigen Part zu übernehmen. Diese Ambition stand hinter dem Agieren deutscher Geheimdienste beim »Plutonium-Schmuggel« von 1994, und sie ist auch heute das maßgebliche Motiv für den Plan, russisches Waffenplutonium mit deutscher Technologie zu Mox-Brennelementen zu verarbeiten. Mit Garching hat man auf diesem Feld den Durchbruch geschafft.

Und drittens gibt es ein materielles Interesse am HEU. Der Münchner Reaktor verschafft der deutschen Politik auf Jahrzehnte einen Vorwand für die nationale Lagerung von großen Mengen an Bombenuran.* Wer über derartige Stoffe verfügt, kann Atomwaffen bauen oder mit dem Bau der Atomwaffe drohen. Wie zum Beispiel die außenpolitischen und abrüstungspolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Carl Lamers und Friedbert Pflüger, in einer gemeinsamen Erklärung vom 6. Mai 1996. Sie stellen darin fest, daß die Bundesrepublik »jederzeit technisch in der Lage ist, diese (atomaren) Waffensysteme zu entwickeln«. In Frankreich hat man diese Mitteilung gehört.

---

*Um eigene Atomwaffen herstellen zu können, ist die BRD auf den Garching-Reaktor jedoch nicht angewiesen. Die Bundesrepublik verfügt im Hanau-Bunker über Tonnen an Plutonium, und die Hanauer Skandalfirma Nukem besitzt nahezu 400 kg Waffenuran. Dieses HEU wurde ihr vor 20 Jahren von den USA für eine Verwendung im Hochtemperaturreaktor in Hamm zur Verfügung gestellt. Der Versuch der USA, die Zweckentfremdung dieser HEU-Bestände zu verhindern, scheiterte Ende 1995 an den Widerständen der Euratom. Etwa die Hälfte des Nukem-HEU war ursprünglich für den Export nach Frankreich verplant. Diese Lieferverpflichtung wurde inzwischen zugunsten des Garchinger Reaktors rückgängig gemacht.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 3/96 über den Plutoniumsuntersuchungsausschuß des Bundestag[s]

Ein Brief von der RAF an die jW

Leserbrief zu den Artikeln von Ivo Bozic (5.12.) und Oliver Tolmein (6.12.) und unserer Stellungnahme (29.11.). Da letzterer zum Teil ein Schuß in den Ofen war und Eure Kommentare dazu auch nicht gerade der Weisheit letzter Schluß, würden wir es gut finden, ihr druckt das hier auch noch ab.

Wir hatten völlig unterschätzt, daß unser Text nach 2 1/2jährigem Schweigen als demonstratives »Nichts-sagen« zu den Erklärungen von Helmut Pohl und Birgit Hogefeld verstanden werden mußte. Das war nicht unsere Absicht. Es hat sich für uns nichts an der Notwendigkeit verändert, die Geschichte der RAF und der gesamten Linken heute zu reflektieren. Es liegt uns völlig fern, Beiträge von GenossInnen dazu zu ignorieren. Wir wollten zusammen mit anderen GenossInnen, die nicht in der RAF organisiert sind, ein Resümee der Geschichte der Linken – und in ihr der RAF – ziehen und Schlußfolgerungen daraus für die Zukunft ableiten. Das fänden wir zwar immer noch am besten und zeitgemäß, hat sich aber als sehr langwieriges Projekt herausgestellt. Deshalb werden wir es demnächst doch unabhängig davon und doch wieder nur als RAF machen. Die Stellungnahme vom 29.11. haben wir nur aus aktuellem Anlaß geschrieben.

Oliver Tolmein schreibt, unsere Ablehnung von Geheimdienstprogrammen sei sowieso klar gewesen. Hätten wir diese Einschätzung auch gehabt, hätten wir noch etwas länger geschwiegen. Gerüchte in den ganzen letzten Jahren ließen uns anderes befürchten. Natürlich finden wir das erfreulich, wie er das einschätzt. Immerhin haben ein Teil der Gefangenen den »Bruch« mit uns unter der Begründung »vollzogen«, sie müßten einen »Fahrplan abschneiden«, nach dem wir mit Hilfe des VS die RAF hätten abwickeln wollen. Das ist nie zurückgenommen worden.

Weniger erfreulich finden wir, daß Ivo Bozic die ziemlich ernste Frage danach, wie die Linke mit VS-Angeboten und Aussagen bei den Bullen umgeht, zum Privatproblem der RAF entpolitisiert. Es ist logisch, daß die Linke in der Phase, in der sie insgesamt ohne Orientierung dasteht und sich eher in der Defensive befindet, mit diesen Fragen härter und öfter konfrontiert ist. Ivo Bozic unterstellt uns hier egoistische Beweggründe. Ginge es uns um unseren eigenen Wanst, würden wir das sicher nicht öffentlich bekunden und damit den Staatsschutz an unseren Problemen teilhaben lassen.

Die Notwendigkeit eines klaren Verhältnisses zum Staatsschutz und zu klandestinen illegalen Strukturen zeigt sich keineswegs nur im Zusammenhang mit der RAF: Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen (Kaindl), radikal, K.O.M.I.T.E.E., Fritzlaer Strasse (wegen Steinmetz) u.s.w..

Zu einem anderen Punkt. Vermutlich werden wir noch gescholten werden, weil wir uns gegen das »Labern« in Medien ausgesprochen haben. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn GenossInnen in Filmen oder Veranstaltungen o. ä. einbringen, wie sie Früheres erlebten, wie sie das heute einschätzen und was daraus gelernt werden kann. Im Gegenteil.

Für uns ist es trotzdem eine problematische Situation, in der für einen großen Teil der GenossInnen die RAF und illegale Organisierung schon Geschichte sind, während wir uns nicht in Luft auflösen können und werden. Und es ist auch ganz unabhängig von uns nicht richtig, jetzt davon auszugehen, daß es nie wieder illegale Strukturen geben muß. Die gewalttätigen Verhältnisse und die Abwehrreflexe des Staates gegen systemüberwindende Vorstellungen und emanzipatorische Politik lassen diesen Schluß jedenfalls nicht zu – auch wenn das mit der RAF nichts zu tun hat.

»Einfach weitermachen« – wie Oliver Tolmein aus unserem Text folgert – ist unsere Sache ganz sicher nicht. Das RAF-Konzept ist überholt. Das ist objektiv so. Dabei bleibt es also auch. Alles andere würde völlig an der politischen Situation insgesamt – und unserer speziellen erst recht – vorbeigehen. Es kann auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben. Wenn wir auch keine Beschäftigung für die nächsten 100 Jahre darin sehen, wollen wir dazu beitragen, ein kollektives Bewußtsein über unsere Geschichte zu ermöglichen – mit dem Sinn, daraus Erkenntnisse zu gewinnen, die uns allen etwas für eine bessere, freiere, starke und emanzipative Politik für die Umwälzung der Verhältnisse in die Hand geben. Wer wollte, hat im Text vom 29.11. lesen können, daß wir mit dem, was seit Anfang der 90er bis in die jüngsten Tage dabei herauskam, weder glücklich noch zufrieden sind. Auch wenn es in den letzten Jahren unserer Meinung nach ebenfalls einige gute Beiträge dazu gegeben hat.

Der Vorwurf, wir würden die reaktionäre Entwicklung der BRD-Gesellschaft nur als staatliche Offensive wahrnehmen und nicht die antisoziale und rassistische Bedrohung sehen, die von einem großen Teil der Bevölkerung der BRD ausgeht, ist völlig aus der Luft gegriffen. Wir würden »den Blick« für das verlieren, »was sonst noch in der Gesellschaft passiert«, muß offensichtlich her, um uns einen politischen Inhalt nachzuweisen, der was hergibt für »scharfe« Kritik. Nichts in unserem Text sagt das aus, was uns hier vorgeworfen wird. Wir haben die gesellschaftliche Entwicklung nur erwähnt, nicht zum Thema dieser Stellungnahme gemacht. Aber aus allem, was wir dort nicht zum Punkt gemacht haben, uns so was reinzudrücken, finden wir nicht sonderlich radikal – auch wenn es sich noch so sehr danach anhört. Die Idee zu dieser Kritik dürfte daher kommen, daß wir in früheren Erklärungen (Anfang der 90er) diesen Blickwinkel vernachlässigten. Damals wurden wir dafür kritisiert. Berechtigterweise. Für heute gilt das nicht. Ganz im Gegenteil – wir sehen die Wichtigkeit dieser gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Bedeutung für zukünftige Konzepte der Linken.



Rote Armee Fraktion,
9. 12. 96



Rote Armee Fraktion und legale Linke

Die RAF legalisieren!?

Was machen Menschen, die in die Illegalität gegangen sind, um den bewaffneten Kampf führen zu können, wenn ihr Kampf gescheitert oder aus anderen Gründen beendet ist? Diese Frage wird ziemlich selten gestellt. Die Antwort darauf hat aber keineswegs nur etwas mit der RAF zu tun: Illegalität ist so alt und so aktuell wie die Linke selbst. Eine Linke, die über keinerlei Möglichkeiten verfügt, gefährdete Leute, seien es welche aus den eigenen Zusammenhängen, oder Flüchtlinge, die von anderen Staaten verfolgt werden, zu verstecken und zu schützen, ist nicht vorstellbar: Das ist noch nicht mal ein Zeichen besonderer Radikalität.

Es kann dabei um vergleichsweise banale Dinge gehen: Im Zuge des radikal-Verfahrens sind Leute abgetaucht, um sich mehrjährigen Haftstrafen zu entziehen, die sie befürchten mußten, weil ihnen angelastet wurde, eine staatsfeindliche Zeitung produziert zu haben. Illegalität ist kein Selbstzweck, die Linke ist nicht der Bundesverband der deutschen Arbeitgeber, der auch im Verborgenen wirken kann, linke Politik braucht Öffentlichkeit. Illegalität ist andererseits aber nur sinnvoll vorstellbar, wenn sie eine Perspektive hat – und sei es die Legalität nach der Revolution.

Die wegen radikal Gesuchten sind auch unter vergleichsweise unrevolutionären Bedingungen alle wieder »nach Hause« gekommen – und sitzen dort nicht im Knast: Es war unter anderem eine breite Solidaritätsbewegung verschiedener linker Gruppen und Projekte, die den Durchmarsch des staatlichen Repressionsapparates und damit die dauerhafte Illegalisierung von ein paar Verfolgten verhindert hat.

Die RAF hat in ihrem Leserbrief an die junge Welt bestätigt, was nach ihrer Erklärung von interessierten Medien mit einiger Lust bestritten wurde: Sie hält das RAF-Konzept für überholt. Sie hält auch eine modifizierte Neuauflage des Alten für überholt (und knüpft damit an Helmut Pohls Überlegungen an). Sie will sich jetzt damit beschäftigen, »ein kollektives Bewußtsein über unsere Geschichte zu ermöglichen«, »ein Resümee der Geschichte der Linken und in ihr der RAF« zu ziehen.

Das ist ein wichtiges Projekt – und die RAF stünde, wenn ihr das gelänge, besser da als viele der revolutionären Gruppen, die sich in den Achtzigern und frühen Neunzigern eher still und leise als reflektiert aus dem politischen Alltag gestohlen haben.

Es ist aber auf jeden Fall eine Art, die, das zeigen auch die letzten Erklärungen der RAF, nicht besonders gut im Alleingang bewältigt werden kann: Sie verlangt kontroverse, offene und spontane Diskussionen, nicht nur das zähe Ringen um die Geschichte im Kreis der wenigen Vertrauten, die den Weg in die Verstecke finden können. Die Illegalität stellt hier eher ein Hindernis dar als einen Vorteil.

Legalize them! ist also die logische Forderung. Eine, die überdies Aussteiger-Programme und Kronzeugen-Regelungen, wären sie erfolgreich, sabotieren könnte. Eine, die auch für die Gefangenen, die immer noch und – geht es nach dem Willen der deutschen Justiz – noch viele Jahre lang unter Sonderhaftbedingungen im Knast sitzen. Ein solches Projekt erscheint aussichtslos. Aber was heißt das schon?

Immerhin wandelten in den achtziger Jahren, allerdings unter anderen Vorzeichen und aus anderen Interessen, selbst so erfolgreiche Politiker wie Daniel Cohn-Bendit und Antje Vollmer mit der Forderung nach Amnestie auf diesem Pfad der Freiheit.

Was wollen Leute, die sich in der Illegalität für das, was sie künftig wollen, am falschen Platz fühlen? Dafür verantwortlich, auf diesem Weg ein Stück weit voranzukommen, wären dann viele andere mehr.

Oliver Tolmein





Aus Arranca



Ein kurzer Rückblick auf einen undogmatischen, sozialrevolutionären Organisationsansatz der 80 er Jahre, die Erwerbslosen- und Jobberinitiative Schwarze Katze Hamburg. Die dort gemachten Erfahrungen sind zu wichtig, als daß sie in Archiven verschwinden, oder als Geschichten aus den guten alten Zeiten nach dem dritten Bier über dem Stammtisch kreisen, gerade auch vor dem Hintergrund der Zunahme von Armut und Ausgrenzung in der BRD. Es wird nicht darum gehen, das Konzept Jobber-und Erwerbslosenini bruchlos zu übernehmen und so neu aufzulegen, doch gibt es eine ganze Menge von Anregungen die auch heute noch nützlich sind für einen weiteren Versuch von praktischer Politik. Dieser Artikel soll nur ein erster Schritt sein längst Vergessenes wieder ein bißchen wach zurufen.

Entstehung

Anfang der 80er Jahre gab es eine Diskussion unter Knastgruppen, wie der Widerstand auf eine breitere Basis gestellt werden kann. Die Knastgruppen waren entstanden wegen der staatlichen Angriffe auf die damals starken Bewegungen, wie Anti- AKW, Häuser, Frauen usw. Daneben spielte die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Gruppen des Bewaffneten Kampfes, sowie deren Verfolgung durch die staatlichen Repressionsorgane eine wichtige Rolle bei Entstehung der Knastgruppen, aber dadurch auch die unterschiedlichsten Schwerpunkte in der Knastarbeit. Im April 82 gab auf einer Veranstaltung den Aufruf eine Gruppe zu gründen die aus dem Stadtteil heraus Alltagskämpfe organisiert und so den Knastkampf auf eine breitere Basis zu stellen. Dem Aufruf folgten einige und man begann sich zu treffen. Zuerst bei einer befreundeten türkischen Gruppe, einmal in der Woche im Plenum. Die meisten aus der Gruppe lebten von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -Hilfe, oder schlugen sich mit irgendwelchen Jobs rum. Das bestimmte auch die Diskussionen der Gruppe. Der erste öffentliche Auftritt erfolgte auf dem ersten Bundeskongreß 82 in Frankfurt. Dort wurde das Flugblatt «Kampf der Lohnarbeit, ausreichendes Existenzgeld für alle (1500 DM)» verteilt. Kämpfe um Einkommen wurden auch später einer der Schwerpunkte der Gruppe. Nachdem die Gruppe auf über 20 Personen angewachsen war, traf man sich neben dem Plenum in Arbeitsgruppen. So entstand eine Arbeitslosengruppe, eine Sozialhilfegruppe, eine Jobbergruppe, sowie eine Asylgruppe. Nur so war es möglich, auch die verschiedenen Bereiche von Armut und Unterdrückung inhaltlich und praktisch zu bearbeiten und sich genügend Wissen über die einzelnen Sozialversicherungssyteme anzueignen.

Im Frühjahr 83 , nachdem die Gruppe auf 30 Personen angewachsen war, wurde der erste eigene Laden angemietet und nachdem die Renovierung abgeschlossen war, wurde Dienstags ein Erwerbslosen Frühstück eingerichtet, für das auf den verschieden Ämtern geworben wurde. Die Jobbergruppe initiierte einen offenen Abend, damit auch Menschen, die tagsüber arbeiten müssen eine Möglichkeit haben, sich im Laden zu treffen. Zwei der alten Arbeitsgruppen, die Knast- Internationalismusgruppe, verließen den Laden (wollten Politik eher als Autonome Gruppe weitermachen). Der Laden trat danach zum ersten mal als Erwerbslosen - und Jobberinitiative nach außen, um noch einmal deutlich zu machen, daß es ein Interesse gibt, sich gemeinsam mit anderen Betroffenen zu organisieren, um einen breiteren Widerstand zu organisieren. Der Laden erfreute sich eines regen Zulaufs und die Zahl der Mitstreiter(innen) wuchs auf 70 Leute an.

Seit 84 setzte eine Diskussion über Ausweitung in andere Stadtteile ein, diesmal entschied man sich dafür einen alten Arbeiterstadtteil, nämlich Barmbek. Später kommen noch Stadtteilgruppen in Bergdorf, Osdorf und Harburg dazu, die Harburger Gruppe schläft bis 86 wieder ein. Dazu kommt 87 noch ein Schulungszentrum (Wissen ist Macht, aber nur so lange es wenige haben, darum müssen wir uns das Wissen aneignen und lernen, es an andere weiter zu geben) und später noch ein Technik Büro.

Arbeitschwerpunkte der Inis waren: Ämterkampf, das heißt das Ausschöpfen aller Ansprüche auf den Ämtern, sowie den gemeinsamen Austausch und die Weitergabe von Tips und Tricks, um im Ämterkampf bestehen zu können, zu organisieren. Gegenseitige Selbsthilfe, so z.B. gemeinsam auf die Ämter gehen, oder Agitationsfreiheit auf den Ämtern durchsetzen, daneben gemeinsam schweinische Sachbearbeiter besuchen, sie gegebenenfalls verwarnen und öffentlich machen. Aktionen gegen Zwangsarbeit (Beschäftigung in der Sozialhilfe zu damals 1-2 DM bei Verweigerung Kürzung, aber auch alle anderen Formen der Arbeit, die bei Nichtbefolgung mit Leistungskürzung oder anderen Sanktionen versehen sind), wurde zumindest für das Sozi ab 83 eingestellt. Dazu gab es noch Schulungen zur Sozialhilfe und dem Arbeitsamt, denn nur wer sich auskennt im Ämterdschungel und weiß, was einem alles zusteht, kann seine Ansprüche durchsetzen. Gemeinsam mit anderen Inis und Gruppen wurden Nulltarifakionen organisiert. Unter dem Motto «Wir nehmen uns, was wir rauchen» (also was jetzt, rauchen oder brauchen? d.S.Innen), sind wir umsonst ins Schwimmbad, ins Theater, in den Tiergarten und zum Essen gegangen und natürlich schwarzgefahren im öffentlichen Nahverkehr, nicht um eine Arbeitslosenkarte zu fordern, sondern um Nulltarif durchzusetzen und vielen anderen zu zeigen, das macht Spaß, schließt euch zusammen und probiert es auch einmal, es geht.

Kampf der Lohnarbeit auch hier wieder, sich schlau machen über Arbeitsrecht, gemeinsame Schwierigkeiten mit der Arbeitssituation und den Chefs, in der Jobbergruppe besprechen, was wir dagegen tun können. So z.B. gemeinsam ausstehenden Lohn eintreiben, vor miesen Jobs oder Firmen öffentlich warnen und den Austausch mit anderen





Gruppen organisieren. Aber auch Solidarität mit Festangestellten üben, sie in ihren Auseinandersetzungen zu unterstützen, so bei Streiks (Erwerbslose und Jobber lassen sich nicht als Streikbrecher mißbrauchen) oder Kampf um die 35 Stunden Woche. Kritischen Menschen in den Betrieben den Rücken stärken, auch gegen die Gewerkschaften. Zusammen mit anderen Gruppen (Kritische Gewerkschaftler, Ausländischen Organisationen, Frauengruppen, Häusergruppen und vielen mehr) wurde seit 84 ein gemeinsamen internationalen Block auf der DGB- Demo am 1. Mai organisiert und gegen Bullen und DGB-Ordner auch durch gesetzt.

Internationale Solidarität war ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Dazu gehörte, daß wir gemeinsam mit «AuslänerInnen» gegen den staatlichen Rassismus auf den Sozial- und Arbeitsämtern kämpfen (die Bestimmungen und Gesetze, sowie auch der Umgang der Sachbearbeiter mit ausländischen Menschen war offen diskriminierend). Die Arbeitsgruppe Ausländerpolitik organisierte mir einigen Asyl- und Flüchtlingsgruppen ein internationales Café, das zum Austausch mit verschiedenen Gruppen anderer Nationalität und zur Koordination gemeinsamer Aktionen auf der Ausländerbehörde diente, um einen Informationaustausch und Öffentlichkeit in der Behörde herzustellen. Desweiteren wurde öffentlich gegen Abschiebungen protestiertt, über die Ausländerbehörde und ihre Funktion aufgeklärt und vor den Ausländerbullen gewarnt, bzw. sie verwarnt. Daneben aber auch gemeinsame Feste organisiert gefeiert, so können sich Menschen am besten kennenlernen. Einer der Schwerpunkte der Antifa-Gruppe (diese ging aus der AG Ausländerpolitik hervor) war das Vorgehen gegen faschistische Propaganda auf den Ämtern (es gab damals den Versuch der HLA- Hamburger Liste, für Ausländerstop auf den Ämtern zu agieren), daneben wurde mit anderen Gruppen versucht, das offene Auftreten von Faschisten in Hamburg zu verhindern, z.B. am Kriegerdenkmal.

Repression

Alle werden es kennen, was passiert, wenn sich die Staatsgewalt zum Einschreiten bemüßigt sieht. Dem wollten wir entgegenwirken; den Menschen die Angst nehmen und alles ein bißchen durchschaubarer machen. Zugleich wollten wie sicherstellen, daß Aktionen und deren Auswirkungen gemeinsam getragen werden. Das fing damit an, Rechtshilfe zu organisieren, Aufklärung über den Gesetzesdschungel, (wann darf wer, wessen Personalien und warum überprüfen, was ist ein Hausfriedensbruch, wann tritt er ein und welche Auswirkungen kann das haben, usw.) zu leisten, verbunden mit einer praktische Aufklärung (was ist eine Hundertschaft, wie sind sie organisiert, was sind Greifstrupps usw.) um so auch ein abgestimmtes Verhalten bei Aktionen oder Demos hinzubekommen (damit nicht alles gleich bei der ersten brenzligen Situation aus auseinderrennt). Rechtsanwälte mußten organisiert und Geld für Prozesse und Geldstrafen aufgetrieben werden. Der beste Schutz ist aber immer noch eine gute Öffentlichkeitsarbeit, die breit unterstützt wurde. Wenn es dann doch mal jemand von uns erwischt, er oder sie muß also in den Knast, war das wichtigste die Kommunikation von draußen nach drinnen (Gerade bei längeren Knaststrafen wichtig, auch wenn es aufgrund der Knastzensur mit Diskussionen schwierig ist), Geld besorgen, damit der oder die nicht im Knast arbeiten muß, wenn er/sie es nicht möchte. Zudem gab es eine die AG Soziale Kontrolle (Antirepressiongruppe), die ein Auge auf das sonstige Arsenal an staatlicher Repression hatte, ohne gleich große Panik zu erzeugen (Spitzel, Observierungen, usw).

Neben den hier etwas ausführlicher dargestellten Gruppen gab es noch eine Antifa-Gruppe, eine Erwerbsunfähigen-und Behinderten-Gruppe, eine Mieter-Gruppe, eine Umschüler- Gruppe, eine Frauen -Gruppe, sowie diverse Lesekreise und Schulungen, gemeinsame Reisen für Menschen mit geringem Einkommen. Daneben gab es in den einzelnen Stadtteilgruppen noch gesonderte Angebote, eine Motorrad-und Fahrradwerkstatt in Barmbek und noch vieles mehr.

Ein festes Programm der Erwerbslosengruppen gab es nicht, die meisten Dinge haben sich aus der praktischen Arbeit entwickelt. Trotzdem gab es doch einige, von allen getragenen Eckpunkte (Prinzipien) wie z.B.: Wie kommt das Geld rein, wovon wird





alles bezahlt. Die regelmäßigen Kosten wie Miete, Strom, Telefon, usw. wurden aus eigenen Mitteln aufgebracht: Alle die in den einzelnen Stadtteilinis mitmachen, zahlen einen von ihnen selbst festgelegten Betrag, von 5 bis 100 DM, jeder soviel er kann oder will. Die Hauptsache war, daß sich all verantwortlich fühlen. Wenn es Frühstück, warmes Essen oder Kaffe gab, wurde das Geld dafür auf dem Treffen eingesammelt. Daneben wurden Gelder von den Grünen abgezogen, oder bei großen Projekten (Einrichtung eines Technikladens, mit Computer usw.), Geld dafür bei Menschen, die die Arbeit der Initiativen kennen und über ausreichend Einkommen verfügen eingesammelt. Daneben wurden Konzerte und Feste organisiert. So war die Arbeit der Initiativen ganz gut zu gewährleisten und keiner konnte die Inis übers Geld unter Druck setzen.

Struktur

Es gab ein Gesamtplenum mit Delegierten aus allen Stadtteilgruppen, dem Schulungszentrum und Delegierten aus Arbeitsgruppen, die nicht an einen Stadtteilladen angebunden waren. Hier wurden die Aktivitäten nach außen und die inhaltliche Diskussion nach innen koordiniert. Um allen die Möglichkeiten zu geben, sich zu informieren, wurde ein Inirundbrief eingeführt. Aber jede Stadtteilini konnte für sich auf ihren Plenum, an dem alle aus dem Laden teilnehmen durften, Sachen entscheiden, die allerdings auch nur als einzelne Stadtteilini umgesetzt wurden. Entscheidungen wurden nie durch Abstimmungen herbeigeführt, es wurde versucht, die Dinge auszudiskutieren. Konnte man sich mal nicht einigen , so erschien das Flugblatt nur von einer Ini oder Arbeitsgruppe. Wenn man sich auf eine Herangehensweise nicht einigen konnte, wurden eben mehrere ausprobiert. Da auf dem Plenas selbst oft zu wenig Zeit war für inhaltliche Diskusionen, wurden dafür das Sonntagsessen eingerichtet. Die Diskussion wurde von einer Gruppe vorbereitet, die auch für das Essen zuständig war; mit gefültem Bauch diskutierte es sich besser, außerdem ließ sich ohne Zeitdruck oder einer langen Tagesordnung im Nacken diskutieren. Die Ergebnisse wurden dann im Rundbrief veröffentlicht, damit alle die Diskussion nachvollziehen konnten.

Nach der verhältnißmäßig rasanten Entwicklung setzten 89 Rückschläge ein. Viele anderen Erwerbslosengruppen wurde über Einstellung der ABM der Geldhahn zugedrehrt, andere verwandelten sich in Beschäftigungseinrichtungen (die dann eben keine Ewerbslosen mehr organisieren wollten, sondern halt beschäftigen), andere wandelten sich zu reinen Sozialarbeiterinis, die nicht mehr politisch arbeiten wollten. So ging die Breite bei Aktionen verloren und wir wurden angreifbarer. Daneben kam es zu gravierenden Veränderungen bei den Sozialsytemen (zB. wurden Pauschalen gezahlt, die Zwangsarbeit viel weg, der 2. Arbeitsmarkt ausgebaut, usw.). Die Agitation auf den Ämtern lief somit ins Leere, was sich auch in der Bereitschaft niederschlug, in die Läden zu kommen und dort zu bleiben (unsere gute Beratung wurde noch rege genutzt, das war's dann aber auch). Das hätte nur durch eine härtere Konfrontation, zu der wir nicht in der Lage waren, aufgefangen werden können (eine militante Intervention auf den Ämtern war durch unsere offene Struktur nicht möglich, teilweise auch nicht gewollt).

Dazu kam eins der grundlegendsten Probleme: Keinem Menschen ist es zu zumuten, freiwillig immer nur vom Sozi oder von Scheißjobs zu leben. Für viele der alten tragenden Kerne gab es aufgrund ihrer individuellen Entwicklung keine Möglichkeit, sich weiter einzubringen und nach mehreren Jahren Sozi oder Scheißjobs war eben die Luft raus - ein Ende der Pein war ja leider auch nicht in Sicht, die Revolution stand leider nicht vor der Tür, im Gegenteil). Die Inis boten aber auch keine Ansätze für fertige Studis mit Abschluß, oder Facharbeiter, so daß dann die einzelnen sich individuell rauszogen. Diese Lücke konnte nicht wieder geschlossen werden. Zudem wurden den Inis Räume gekündigt und es fehlte dann an Iniative und Geld, neue Räume anzumieten. Andere Stadtteilgruppen verlegten sich auf andere Schwerpunkte, wie Antifa (dafür braucht Mensch aber keinen eigenen Laden), oder gingen in anderen Projekten auf. So gab es Ende der 90 nur noch das Büro und die Stadtteilgruppe in Barmbek. Diese beiden gibt es heute noch.

T.V. B.

NICHTS ALS FRAGEN FRAGEN SOZIALE FRAGE???

Ein fragmentarischer Versuch, mit einigen Thesen dem Verschwinden der Theorie in Glaubenssätzen oder mythischen Plattheiten entgegenzuwirken.

1
Globalisierung

Eins der meistgebrauchten Schlagwörter, das in keinem wichtigen Diskussionspapier fehlen darf. Von Mexiko über die USA nach Europa und von hier weiter nach Asien. Die einen beschreien die weltweiten Kapitalströme, von einigen Milliarden bis zu einigen Billionen ist alles zu haben, die anderen beten den Untergang des Kapitalismus herbei, gewürzt mit weiteren Schlagworten wie Deregulierung und -als letzter Schrei- der Neoliberalismus - fertig ist das Weltbild für Linke. Der Kapitalismus ist mindestens seit den letzten 100 Jahren ein globales System, er hat sich nur immer eine spezifische Form gegeben bzw. sich einer bestimmten Strategie der Ausbeutung angepaßt. Bis in die 80er Jahre wurde so von fordistischem Keynesianismus gesprochen. Ausgehend von den USA in den 20er Jahren hat sich dieses System aufgrund seiner hohen Produktivität auch in den anderen Nationalökonomien durchgesetzt. Die einzelnen Staaten und die in ihnen ansässigen Unternehmen sind auf Grund der Konkurrenz gezwungen, gleich gute oder noch bessere Bedingungen herzustellen. Wenn also ein Land einen Wettbewerbsvorteil aus einer bestimmten Form der Ausbeutung zieht (in diesem Falle der fordistische Keynesianismus), sind alle anderen hochentwickelten Länder gezwungen, es ihrem Konkurrenten gleichzutun oder ihre eigene Form der Ausbeutung zu effektiveren. Geschichtlich hat sich der fordistische Keynesianismus als das erfolgreichste Modell erwiesen, so daß er bis in die 80er oder auch teilweise bis in die 90er Jahre in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern vorzufinden war. Nachdem dieses Modell in einigen Ländern (USA, England) an seine immanente Grenzen stieß und das sowohl aus einer innerkapitalistischen Produktkrise des zentralen Produkts (dem Automobil mit allem was dazu gehört), aber genauso aus einer breiten Verweigerungshaltung der Lohnabhängigen, wie Streiks, Arbeitsverweigerung, nicht Arbeit zu jedem Preis und jeden Bedingungen, (auch bedingt durch verhältnismäßig hohe Vergütungen der Sozialsicherungssyteme) und innerhalb der Modellogik nicht mehr entwicklungsfähig war, setze ein Paradigmenwechsel ein, der ein neues Verwertungsmodell installieren sollte.

2
Liberalismus, Toyotismus, Thatcherismus

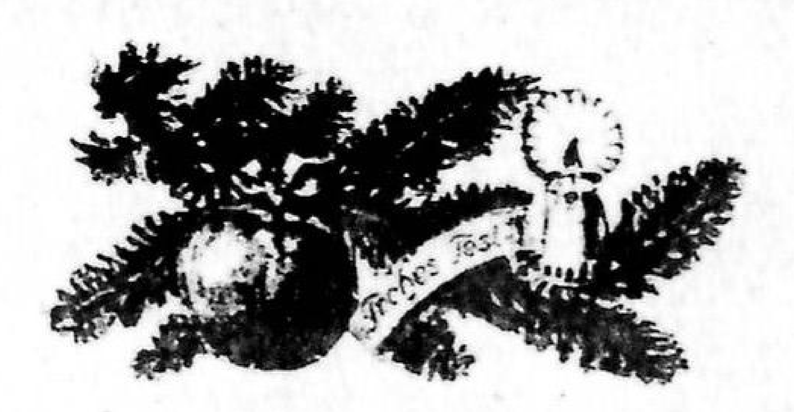
Das sind einige der stehenden Begriffe mit denen der Paradigmenwechsel seit den 80er Jahren beschrieben wird. Sie treffen meiner Meinung nach aber alle nicht das Wesentliche dieses Wechsels. Unter Neoliberalismus wird oft nur eine Aneinanderreihung von bestimmten Erscheinungen verstanden: Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau usw. Dies sind alles Erscheinungen, die es in der langen Geschichte des Kapitalismus immer wieder gegeben hat und somit alleine nicht geeignet sind, die Entwicklung einer neuen Verwertungstrategie zu erklären. Ausserdem legt der Begriff Neoliberalismus nahe, daß sich der Kapitalismus zurückentwickelt, da der Liberalismus historisch in den Gründerjahren des Kapitalismus angesiedelt ist. Der Kapitalismus entwickelt sich aber immer nur immanent nach vorn bzw. weiter und das trifft auch für das neue Modell zu. Gleiches gilt für den Begriff Toyotismus, ist er doch gerade die japanische Variante der fordistischen Verwertungsperiode, die erst Anfang der 90er Jahre auf Grund der späten Einführung, sowie einer starken Nationalökonomie in die Krise geriet.

Thatcherismus beschreibt sehr gut den politischen Angriff, ist aber ungeeignet, die neue Verwertungstrategie auf einen Begriff zu bringen. Was sind nun aber die wichtigsten Veränderungen dieser neuen Strategie: Zum einen das Aufkündigen jeglicher Klassenkompromisse (Kaufkrafterhöhung der arbeitenden Klasse oberhalb der Produktivitätssteigerung, hohe soziale Absicherung, scheinbar freie Berufswahl usw.). Aufkündigung eines Massenkonsumsmodells hin zu einer High-Tech-Produktpalette für wenige bzw. die Unternehmen (Gen- und Reproduktionstechnologien, vom Retortenbaby bis zu Gentomaten, von Mikroeletronik und Telekommunikation über Datenautobahnen, bis Multimedia). Rückzug des Staates von der Position des ideellen Gesamtkapitalisten, Subventionen nur noch für sogenannte konkurrenzfähige Produkte von Multis (z.B. Privatisierung von Autobahnbau und -betrieb), Zerschlagung der kollektiven sozialen Sicherungssyteme. Diese neue Strategie auf einen Begriff zu bringen, fällt schwer. Es gibt weder einen bürgerlichen Wissenschaftler, dessen Name alleine für das neue Modell steht, noch eine linke Diskussion, die versucht, dieses neue Verwertungsmodell zu erklären.


3
Neue Produktionsformen, neue Technologien, neue Formen der Arbeitsorganisation

Die rasante Entwicklung der Mikroelektronik ermöglicht eine bisher nicht bekannte Verdichtung von Arbeitsprozessen mit ho-





Aus Arranca

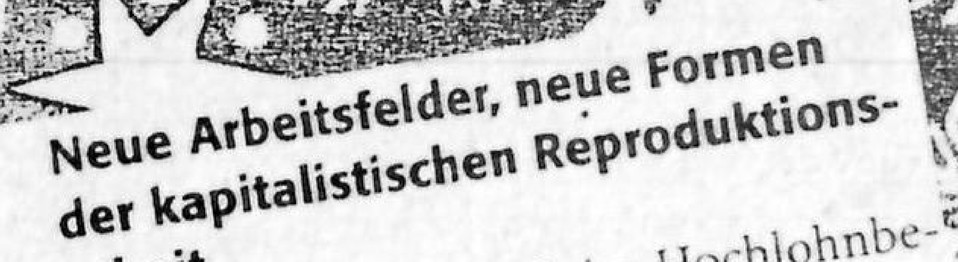


chentwickelten Maschinen. Immer komple-
xere und leistungsfähigere Maschinen über-
nehmen immer mehr menschliche Arbeit, es
werden dadurch aber keine Arbeitsplätze ab-
gebaut -die ersetzt ja die Maschine- sondern
nur menschliche Arbeitskraft freigesetzt, die
jetzt nicht mehr benötigt wird. Die Unter-
nehmen nennen das Rationalisierung. Im-
mer weniger Menschen können immer
mehr produzieren. Dies gilt nicht nur für
den Produktionsbereich, sondern ebenso
für den Dienstleistungssektor, und die staat-
liche Verwaltung. Damit der Anteil der
menschlichen Arbeitskraft hoch bleibt
(zwecks einer weiteren Ausbeutung), wer-
den diese neuen Technologien mit neuen
Produktionsformen in Form einer Pyramide
gekoppelt: Oben an der Spitze die hochwer-
tige Endmontage, darunter die Systemanbie-
ter der Zulieferindustrie, die Zulieferer für
den Systemanbieter, sowie die Zulieferer der
Zulieferer Mit jeder Stufe nimmt die Tech-
nologie ab und der Anteil der menschlichen
Arbeitskraft zu (oben wenig Hochlohnar-
beit, unten die massenhafte Billigarbeit).
Aber auch alle notwendige Arbeit im pro-
duktionsnahen Bereich, wie in der Verwal-
tung, wird nach diesem Prinzip organisiert;
Ausglagerung von Unternehmensteilen, Ver-
lagerung in kleinere Einheiten, Vergabe an
Fremdfirmen sowie Sub- und Kleinstunter-
nehmen. Die einzelnen Bestandteile können
durch die neuen Kommunikationsmittel,
sowie gut ausgebaute Transportwege, auch
über weite Strecken an den jeweils ge-
wünschten Orten mit einer verläßlichen
Zeitplanung zusammengeführt werden.
Nicht nur die Produktionsformen werden
verändert, auch die Arbeitsorganisation
wird völlig neu aufgerollt. Die mittlere Hier-
archieebene wird abgebaut, die Verantwor-
tung in den Chefetagen neu strukturiert und
in die untere Ebene zurückgegeben. Dies ge-
schieht z.B. durch den Aufbau von Gruppen-
arbeit, das heißt in der Gruppe wird nicht
nur die direkte Arbeit erledigt, sondern ge-
nauso die Planung übernommen, die Logi-
stik, das Sicherstellen von ausreichend
Nachschub usw.. Daneben bewerkstelligt die
Gruppe noch ein Höchstmaß an Kontrolle
der Beschäftigten, sorgt für Disziplin (im-
mer Lust auf Überstunden, hohes Arbeit-
stempo, keine Pausen, nicht so oft krank).
Auch in den 70er Jahren gab es schon Versu-
che mit der Gruppenarbeit, die bald wieder
aufgegeben wurden, da sie zu unproduktiv
waren. Das lag daran, daß damals die Grup-
penarbeiter(innen) nur stupide Endmonta-
geschrauber(innen) waren, die die Vorgaben
der Meister zu erfüllen hatten. Ja, ja, auch
das Kapital lernt dazu.

Neue Zentrale Subjekte

Für diese neuen Technologien, verbunden
mit den entsprechend weiter entwickelten
Produktionsformen, bedarf es eben auch
neu zugerichteter bzw. neu zu verwertender
Subjekte. Gab es in den früheren Verwer-
tungsmodellen immer ein zentrales Subjekt
(Massenarbeiter/in, Facharbeiter/in, usw.),
so ist das in dem neuen Modell grundlegend
anders. Dort haben wir es mit zwei sich ge-
genseitig bedingenden Subjekten zu tun. Auf
der einen Seite das völlig flexibilisierte, indi-
vidualisierte, spezialisierte Hochlohnsub-
jekt, (als neuer Selbständiger, als Bioingi-
neur, als Facharbeiter in der Gruppenarbeit,
als Mensch in der Werbung, usw.). Es
kommt dabei zu einer Angleichung der
früheren, alten Hierarchien, die nach dem
Muster oben Akademiker, darunter mit
Fachhochschule, darunter dann die Meister
und als Schluß die Facharbeiter ansiedelt.
Zum Einsatz kommt dieser Typus in der
Forschung und Entwicklung, der Endmon-
tage, der Wartung und Instandsetzung, aber
auch in der Werbung, der Verwaltung und
Organisation, usw. Darunter taucht ein de-
qualifiziertes, dereguliertes Niedriglohnsub-
jekt auf, mit oft nicht mal exiztenzsichern-
der Entlohnung (Putz- und Wartungsdien-
ste, Transport, Boten und Sonstige Dienstlei-
stung, Produkionstätigkeiten einfacher und
stupider Art, Heimarbeit am Computer, ein-
fache Verwaltungstätigkeiten usw.). Die her-
kömmlichen Qualifizierungen greifen hier
nicht mehr. Waren früher sogenannte Hilfs-
oder Angelernte Tätigkeiten (meistens
durch Frauen, oder ausländische Arbeitneh-
mer/innen ausgeführt) im Niedriglohnbe-
reich anzutreffen, so werden heute auch ge-
rade im Bereich der Niedriglohnarbeit spe-
zielle Fähigkeiten und Qualifizierungen ver-
langt.

Der neue Hochlohntyp stößt bei der
Durchsetzung auf wenig Widerstand - life-
style, Selbstverwirklichung, individuelle
Zeitgestaltung, Verantwortung, Kreativität,
Selbstbestimmung - nur ein paar Schlagwor-
te, die einen Bewußtseinsstand deutlich ma-
chen, der sicherlich die reibungslose Ein-
führung möglich macht. Außer bei einigen
Facharbeitern in der Fabrik, die den ver-
stärkten Konkurrenzdruck, aber auch ihre
Anerkennung als tragende Säule (Facharbei-
termythos) fürchten, der Niedriglohnbe-
reich muß mit wesentlich mehr Zwang
durchgesetzt werden (siehe Sozialpolitik). Es
wäre erst einmal notwendig sich auf Begriff-
lichkeiten dieser beiden neuen Subjekte zu
verständigen.



Neue Arbeitsfelder, neue Formen der kapitalistischen Reproduktionsarbeit.

Da der arbeitende Mensch im Hochlohnbereich durch die flexibilisierten Arbeitszeiten, der völligen Individualisierung unterworfen ist (keine Zeit für Familie, Single), durch den extensiven Verschleiß, bedingt durch die neuen Ausbeutungsformen, wird eine starke Nachfrage nach sogenannten Dienstleistungen entstehen, da der so arbeitende Mensch seine Reproduktion alleine nicht bewerkstelligen kann und er ja auch mit der scheinbaren Selbstverwirklichung in der Arbeit genug zu tun hat. Dadurch entstehen neue sogenannte Dienstleistungen oder aber alte werden den neuen Erfordernissen angepaßt. So wird etwa das Ladenschlußgesetz abgeschafft, damit die vielbeschäftigten Menschen auch noch nach einem zehn-Stundentag einkaufen können, oder Hausangestellte können von der Steuer abgesetzt werden, um die kostbare Arbeitskraft nicht mit Hausarbeit zu vergeuden. Für die Freizeit gibt es den Singleclub, oder die Animationsreise, Abenteuer garantiert. Die leiblichen Genüsse werden durch Essen auf Rädern, oder den Besuch von Luxus Fresstempeln sicher gestellt, in der Pause betreibt Mann Telephonsex, oder Mann greift auf ein anderes Angebot der sich ausweitenden Sexdienstleistungen zurück. Für den Niedriglohnbereich bleibt nur die Familie oder andere Zwangsgemeinschaften (z B. Untervermietung um die Wohnung bezahlen zu können), das Billigkaufhaus, der Wachschutz, der die Obdachlosen vertreibt, der Warenhausdedektiv, der die Beute schützt, der Arbeitsamtsschnüffler der Schwarzarbeiter jagt, der Bulle der sämtliche Sozialschmarotzer verfolgt (Steuerfrei ist illegal). Daneben werden sämtliche rechtlichen Bestimmungen wie etwa Arbeitsschutz, Manteltarifverträge, Kündigungsschutz oder Umweltschutzbestimmungen, entweder ganz abgebaut oder massiv eingeschränkt. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse werden aufgelöst und durch 580 DM Jobs, Teilzeit unter 18,5 Stunden, Kinder- und Jugend Arbeit, Sklavenhändler, Scheinselbständige und alle Arten der sogenannten illegalen Arbeit ersetzt. Für die einen mehr Zwang und Kontrolle für die anderen ein neues Reich der individuellen Freiheit mit Konsumterror.

6 Sozialpolitik.

Zuerst einmal sollte mit dem Glauben an den Sozialstaat aufgeräumt werden, es ist nämlich immer noch so, daß wir in einem kapitalistischen Land leben, in dem keine Almosen oder sonstige Präsente vergeben werden, ohne daß dafür eine Gegenleistung erwartet wird. Daraus folgt, daß gewährte Sozialleistungen immer einen bestimmten Zweck erfüllen sollen, daß wir keine Geschenke bekommen um hinterher, ohne unsere Arbeitskraft weiter verkaufen zu müssen, in der ach so dick gepolsterten Hängematte zu schaukeln. Sinn der sozialen Sicherungssyteme ist der Erhalt der Arbeitskraft, sowie ihre Reproduktion, die Aufrechterhaltung des Arbeitszwanges, das Aussondern und die spezielle Vernutzung von nicht mehr voll Leistungsfähigen, oder gänzlich Unproduktiven (Nur zur Erinnerung, die Sozialpolitik der BRD fußt auf den Leichenbergen des Nationalsozialismus) und damit kein Mensch auf dumme Gedanken kommt, wird ein hohes Maß an sozialer Kontrolle gebraucht. Wer durch die verschiedenen Sozialleistungssysteme Leistungen in welcher Höhe auch immer bekommt, hängt von den Kämpfen um diese Leistungen ab (Früher gab es die Unfallversicherung nur für Männer die ein paar Jahre fest angestellt waren, Arbeitslosengeld nicht für Ausländer, Kranenversicherung nur für Arbeitende usw.). Es kann also des weiteren nicht von einem Sozialabbau gesprochen werden, wenn Leistungen der einzelnen sozialen Sicherungssyteme gekürzt werden, da soziale Sicherungssyteme weiterhin notwendig sind um den Kapitalismus am laufen zu halten, «zurück zur Subsistenz» geht nur bei Untergang des Kapitalismus und dem offenen Ausbruch der Barbarei (es spricht ja auch niemand von Sozialaufbau wenn es mal mehr Geld gibt). Deshalb haben wir es mit einem Umbau der Sozialsysteme zu tun, wobei diesmal das Kapital die treibende Kraft ist, Kämpfe sind im Moment leider Mangelware. Es geht darum, auch weiterhin die geforderte Arbeitskraft zur Verfügung stellen zu können, die Unproduktiven aussondern und abschieben zu können. Die Veränderungen im Hochlohnbereich lassen sich verhältnismäßig leicht umsetzen, sie treffen -wie schon gesagt- auf eine hohe Zustimmung. Schwieriger wird es da schon im Bildungsbereich, zum einen werden immer weniger Hochqualifizierte gebraucht und wenn dann mit einer immer begrenzteren oder spezielleren Ausbildung (Bafög-Verzinsung, Studiengebüren, Regelstudienzeitverkürzung, aber auch die Reform der gewerblichen Ausbildung). Erfreulicher Weise erleben wir ja, daß viele Menschen mit diesen Veränderungen nicht einverstanden sind. Die Durchsetzung des neuen Nied-

Hallo, ich bin der Jörg, 23 Jahre alt und seit 2 Jahren obdachlos.

...iglohnbereichs stößt auf mehr Schwierigkeiten, wer noch ein hohes Arbeitslosengeld oder -hilfe bekommt wird kaum Anstalten machen für weniger Geld malochen zu gehen. Also müssen die Leistungen massiv gekürzt werden, um den stillen Zwang der Verhältnisse zu stärken. Wen das immer noch nicht zur Arbeit treibt, bei dem wird mit Zwangsarbeit nachgeholfen (Früher nur

...n der Sozialhilfe vorgesehen, besteht diese Möglichkeit jetzt auch für das Arbeitsamt), bei Weigerung diese Tätigkeiten anzunehmen, wird die ohnehin zu knapp bemessene Sozialhilfe eingestellt (beim Arbeitsamt erfolgt eine achtwöchige Sperre). Daneben wird die Asylgesetzgebung verschärft, um den Zugang ausländischer Arbeitskraft besser regulieren und kontrollieren zu können, bzw. diese Menschen zu den allerschlimm-

...n, am schlechtesten bezahlten Arbeitsver...tnissen, ohne rechtlichem Schutz zu ...ängen. Innerhalb der Arbeitsverwaltung ...erden die produktiven Bereiche privatisiert ...ie dann die größere Rotation bedingt ...urch schnelleren Verschleiß der Arbeits...raft im Hochlohnbereich abdecken), der ...est verbleibt beim Arbeits- und Sozialamt, oder wird mit dem Ausschuß des Hochlohnbereiches aufgefüllt. Der Arbeitsverwaltung fällt nun die Aufgabe zu, die Menschen in Billigarbeit zu drängen und gleichzeitig die Qualifizierungsanfoderungen der zu verwertenden Arbeitskraft zu erhalten oder neu herzustellen. Für die unproduktiven Alten wird das Rentenalter heraufgesetzt, in der Hoffnung daß es dann weniger erreichen, die Kosten für Gesundheit werden wieder mehr privatisiert und für die Kosten einer schlechteren Pflege kommt die arbeitende Bevölkerung auf. So wird Gesundheit und eine ausreichende Versorgung im Alter wieder zu einem Privileg der gut Verdienenden. Und alle anderen sollen möglichst wenig Kosten verursachen und lieber ein kurzes aber arbeitsreiches Leben führen, wer zum Arbeiten zu krank ist, sollte lieber gar nicht erst geboren werden.


Armut ist weiblich

Diese in den 80 er Jahren geprägte Aussage, hat auch nach dem Paradigmenwechsel in den 90 er Jahren nicht ausgedient. Wenn auch die Frauen oft zu den Gewinnern des Arbeitsmarktes gezählt werden (Frauen stellen in vielen Bereichen über 50 % der Erwerbsarbeitskräfte, verbunden mit der höchsten Gesamtzahl von Frauen die erwerbstätig sind in Westdeutschland), so stimmt es auch nur für einen bestimmten Teil von Frauen (weiße unverheiratete Aka



...gewiesenen Bereichen (Handel, soziale Dienstleistungen, Verwaltung). Daneben sind zwar neue Beschäftigungfelder erschlossen worden, diese sind aber auch mit neuen Formen von Arbeitsverträgen versehen (über 80 % aller 560 DM Beschäftigungen werden von Frauen erledigt, immerhin 5-6 Mill. insgesamt), sozialversicherungsfreie Teilzeit, Honorar, Scheinselbständigkeit usw. Aber auch 40% aller Frauen die noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind,

verfügen über keinen existenzsichernden Lohn. Das heißt für die meisten Frauen weiterhin eine patriarchale Festschreibung an Eheman und Familie, oder die bewußte Entscheidung für die Armut, da ja auch die Sozialleistungen immer noch nach dem Einkommen bemessen werden. Das Bild gerät im Ost - Westvergleich noch mehr ins wanken. Dort sind Frauen insgesamt vermehrt von den Arbeitsmärkten ausgeschlossen, da auf Grund von DDR-Biographien mehr Frauen nach Lohnarbeit suchen, als der sich an den Weststandard angleichende Arbeitsmarkt hergibt, und die Frauen sich nicht in die sogenannte stille Reserve abdrängen lassen. Diesen Frauen wird jetzt geholfen mit Wiedereinführung des Dienstmädchenprivilegs (24000 DM im Jahr Steuerfreibetrag für ein Hausmädchen, Putzfrau, Kindermädchen usw.), aber auch die Pflegeversicherung eröffnet eine Menge neuer unterbezahlter Arbeitsmöglichkeiten, das alles trifft noch mit der Rücknahme von Gleichstellungsgesetzen, die Frauen einen besseren Zugang auf die Arbeitsmärkte oder konkret auf bestimmte Arbeitsplätze sichern sollte (verstoßen nämlich gegen EG-Recht) zusammen. Vielen Frauenprojekten werden im Rahmen der Haushaltskürzungen die Mittel gestrichen, oder diese Mittel fliessen in neue innovative Projekte (Arbeits-und Beschäfigungsträger, sogenannte Bildungsträger usw.). Diese Beispiele lassen sich noch beliebig weiter ausführen, es sind nur einige Anhaltspunkte für eine wesentlich differenziertere Strategie zur Verwertung weiblicher Arbeitskraft. Hier wird das Fehlen einer breiten Frauenbewegung besonders deutlich, patriarchale Unterdrückung wird wieder als gegeben hingenommen, oder als individuelles Versagen der Frau bestimmt (es haben ja alle die gleichen Möglichkeiten, einen tollen Job abzubekommen und auch sonst ist unsere Gesellschaft das größte Reich der Freiheit auf Erden). Der Versuch einer Frauenpartei diese patriarchale Gesellschaft im Sinne der Frauen mitzugestalten, wird nur wieder bei neuen innovativen Strategien für den patriarchalen Kapitalismus enden, für einen Großteil der hier lebenden Frauen jedoch



demikerin). Der größte Teil von Frauen arbeitet immer noch in klassischen, ihnen zu-
keine Verbesserungen bringen.

DGB Gewerkschaften, Parteien.

Der DGB steht in der Tradition der Deutschen Arbeitsfront und hat sich dann als Sozialpartner im Keynesianismus bewährt (nicht kämpfen, Firmenwohl geht vor das Wohl der Mitglieder, Billiglohnarbeiter/innen wurden und werden aus den Gewerkschaften ausgegrenzt). Auch die meisten Einzelgewerkschaften haben das Kämpfen schon lange verlernt, bzw. ihren Mitgliedern ausgetrieben (Gewerkschaftsausschlüße, Streikabbrüche, Niederschlagung von wilden Streiks usw).

Der letzte Anlauf der genommen wurde war das Bündnis für Arbeit, mit dem sich der DGB und die IG-Metall nochmals als Ordnungsfaktor verkaufen, sozialer Frieden gegen verschwommene Arbeitsplatzgarantien. Dafür auch einige Kröten geschluckt: Sozialkürzungen, Lohnverzicht, Öffnungsklauseln in Tarifverträgen und vieles mehr. Aber wo soll man schon hinkommen wenn die Gewerkschaften unwidersprochen in die Standortdebatte einsteigen (Nur eine kurze Anmerkung: Die Gewinne explodieren, 1994 haben 527000 Menschen mehr gearbeitet als 1989, natürlich ohne all die sozialversicherungsfreien Beschäftigungen, findet man ja meistens auch nicht in den Gewerkschaften, bei 3,5 Mill. Arbeitslosen und dem so viel beschworene Arbeitsplatzexport). Auch nach dem das Angebot des Bündnisses für Arbeit schlicht abgelehnt wurde, wird das Scheitern immer noch nicht erklärt. Vor diesem Hintergrund immer noch an dem Bündnis festzuhalten muß schon als absurd erscheinen. Leider haben viele Gewerkschaftler noch nicht erkannt, daß mit dem Untergang des alten System auch die alten Gewerkschaften überflüssig geworden sind. Bedauerlicher Weise macht sich diese Erkenntnis erst in einigen wenigen Gewerkschaften bemerkbar.

Ost-West

Auch wenn die Okkupation der ehemaligen DDR, durch eine «friedliche Revolution», ausgelöst und durch die Einführung der Deutschen Mark vollzogen, nun schon einige Jahre zurückliegt, bleiben doch gravierende Unterschiede bestehen. Nachdem die blühenden Landschaften im Osten fünf Jahre nach dem Anschluß immer noch auf sich warten lassen und den Menschen in den neuen Bundesländern der kalte Wind des Kapitalismus «die Fröste der Freiheit» beschert hat, gewinnt eine verklärende nostalgische Rückbesinnung immer mehr an Boden. Herbeigesehnt werden die Zeiten als noch Ordnung herrschte und alle Menschen sich sicher fühlen konnten. Gepaart ist das mit der Erkenntnis nur als Mittel zum Zweck (Aufrollen der BRD Sozialsyteme durch die «Wiedervereinigung» und dem Erproben neuer, schlechter vergüteter Sozialleistungen und Tarifverträge) benutzt worden zu sein Der Tarifabschluß der ÖTV macht das noch einmal ganz deutlich (die Angleichung der Ostlöhne wird zu Gunsten einer Besitzstandswahrung West auf den St. Nimmerleins Tag verschoben).

Parteipolitisch und ideologisch bietet die PDS (als einzige «wahre» Ostpartei, die Blockparteien sind ja alle in den Westablegern aufgegangen) diesen Menschen eine Heimat. Damit das auch so bleibt, wird das Konzept einer regionalistischen Ostpartei (orientiert an der CSU Bayern) in die Diskussion gebracht, auch so lassen sich Wahlerfolge einfahren. Dies ist aber kein Grund sich als Besserwessie mit Grausen abzuwenden, oder als Westpolitprofi den Menschen im Osten mit überholten Politik- und Militanzkonzepten vorzuschreiben wie denn «richtige Politik» auszusehen hat (siehe 1.Mai in Berlin). Aber auch einige Linke die ausgehend von ihren Ostidentitäten ihre lokalen Sandkisten verteidigen wollen, bereiten nur das Feld für eine neue Ost-CSU. Gerade in Berlin, aber auch sonst im der neuen BRD, kommt es darauf an die unterschiedlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Erfahrungen, in der ehemaligen DDR und BRD zu entschlüsseln und als vielfältige Möglichkeiten für einen breiten Widerstand gegen diesen zerstörerischen Kapitalismus zu nutzen. Das setzt aber voraus, daß wir als Linke lernen Unterschiede auszuhalten, toleranter gegenüber anderen Erfahrungen und den sich daraus entwickelnden politischen Projekten zu sein. Das wäre die Grundlage für eine strategische Diskussion, wobei die praktische Ausgestaltung sicherlich noch lange Jahre in Ost und West unterschiedlich sein wird, da auch der Kapitalismus 40 Jahre unterschiedliche Gesellschaften in fünf Jahren nicht eingeebnet hat.

T.v. B.



Der revolutionäre Funke

Streitschrift gegen Ökonomie, Politik und Dressur
- Für schrankenlose Lebensfreude -

Wenn wir unsere Rechnung aufmachen...

dann ist das Bonner Sparpaket dieses Herbstes nur die letzte Position auf einer langen Liste von Ausbeutung, Erniedrigung, Manipulation und Betrug, die wir über uns haben ergehen lassen, seit es den Kapitalismus gibt. Aber dieses Paket "Für Wachstum und Beschäftigung" hat es, wie sein Name schon nahelegt, ganz besonders in sich. Mit der vielversprechenden Behauptung, wir würden endlich wieder alle in Lohn und Brot gebracht, hat die regierende Koalition den Auftakt zu einer beispiellosen Destruktion des gesamten sozialen Gefüges der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Wir erleben live und in Farbe, wie das Kartenhaus einer kapitalistischen "Solidargemeinschaft" zusammenstürzt.
Männer werden ab dem Jahre 2002 und Frauen ab 2005 bis zum Alter von 65 Jahren arbeiten dürfen. Für die Kur, die sie spätestens nach zwanzig Jahren Plackerei dringend nötig haben, müssen pro Tag 25,- DM zugezahlt werden. Es gibt keine Zuschüsse der Krankenkassen zu Brillengestellen mehr und die Kosten für Zahnersatz müssen die heute 18jährigen künftig auch selber zahlen. Denen werden übrigens auch nur noch drei Jahre Ausbildungszeit als beitragsfrei angerechnet, wenn sie eines Tages ihre Rente beantragen. Für Arzneimittel muß künftig mehr zugezahlt werden und das Krankengeld ab der sechsten Krankheitswoche wurde um zehn Prozent gekürzt, liegt also nun bei 70% des Nettolohnes. Auch wenn für die Lohnfortzahlung in der laufenden Tarifrunde das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sind doch die gesetzlichen Weichen dafür gestellt, daß derjenige der eben krank ist und nichts leistet künftig auch weniger Geld kriegen wird. Im übrigen kennen die Damen und Herren der UnternehmerInnenverbände und in der Regierung aber auch bei den Gewerkschaften und in den Betriebsräten keine Tabus. Gängige "Kompromißangebote" der Gewerkschaften lauten auf Verzicht auf das Weihnachts-und Urlaubsgeld, keine Anrechnung von Mehrarbeit auf die Lohnfortzahlung und die Betriebsräte würden gern ganz auf den Flächentarifvertrag verzichten um "flexibler" auf die Wünsche der Unternehmer eingehen zu können - nämlich einzeln und ohne wirksames eigenes Druckmittel.



Während all das schon gehörig auf unseren Geldbeutel schlägt, wird uns quasi nebenbei verklickert, daß es mit der gesetzlichen Rentenversicherung auch nicht mehr weit her ist - Beiträge dürfen wir zwar bezahlen, solange wir arbeiten, aber für die Alterversorgung ist doch künftig besser privat Vorsorge zu treffen. Ja, wie denn, wo es jetzt schon jede Menge Leute gibt, die neben ihrem Arbeitseinkommen ergänzend auf Sozialhilfe, Wohngeld etc. ange-wiesen sind? Und wieso eigentlich? Schließlich sind wir es immer noch, auf deren Kosten die UnternehmerInnen die ganze Zeit ihre Gewinne scheffeln. Wenn wir uns nicht damit zufriedengeben würden, für einen Bruchteil des Wertes zu arbeiten den wir tatsächlich schaffen, könnten die ihren Standort und ihren ganzen Kapitalismus gleich vergessen. **Wir haben diesen ganzen Sozialstaat längst bezahlt!** Und sie haben die Frechheit, ihn uns als nationale Feiertagstorte zu servieren, die in diesem Jehr (und im nächsten, übernächsten...) leider etwas kleiner ausfallen muß.
Mit dem miesen Argument, daß sich die Arbeiter in Osteuropa und Südostasien mit Keksen zufriedengeben, wollen sie uns beeindrucken und Bescheidenheit anmahnen. Mal ganz abgesehen davon, daß keineswegs sicher ist, wie lange man sich dort noch so billig abspeisen läßt, ist uns an einer weltweiten Angleichung der Lohn-und Lohnnebenkosten nach unten überhaupt nicht gelegen.

Sie wollen Deutschland als haushaltsbereinigtes Kernland der Europäischen Union - Flaggschiff einer starken Armada gegen Amerika und Asien auf dem Weltmarkt. Sozialer Ballast muß abgeworfen werden und deshalb wird dieses Sparpaket nicht die letzte Anstrengung, sondern erst der Anfang sein. Und siehe da - ein weiteres ist schon in Arbeit: es wird den Haushalt '97 betreffen und dort vor allem im Sozialetat einschlagen. Es wird vor alem diejenigen treffen die ohne Arbeit oder krank oder beides sind und also eh' schon kein Geld haben. Hingegen soll die Einkommenssteuer der GroßverdienerInnen und die Gewerbekapitalsteuer gesenkt werden, damit die nicht die Lust verlieren, sich in Deutschland zu betätigen.
Aber wir haben keinen Grund das hinzunehmen, sondern wie schon gesagt, eine Rechnung offen.

Tatsächlich scheint es nur zwei Wege aus dem Dilemma zu geben. Der eine - und in diese Richtung gehen die Vorschläge der "Opposition" von SPD über die Grünen bis zur PDS, die als Macherln des Staatskapitalismus schließlich langjährige Erfahrung damit hat - verlangt eine größeren Einfluß des Staates auf die gesamte Wirtschaft. Der Staat soll gefälligst die Gewinne der Unternehmen durch Steuern begrenzen und das Geld für die "Allgemeine Wohlfahrt" (Finanzierung von Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen) sowie für subventionswürdige Produktion einsetzen. Das wird zwar auch jetzt gemacht, erfordert aber staatliche Eingriffe in den Markt und in die Konkurrenz, die "natürlichen Regulative" kapitalistischer Produktion. Weil aber die internationale Konkurrenz im Kampf um die durch den Zusammenbruch des Ostblocks neu zu gewinnenden Märkte besonders hart ist, wird sich das Kapital mit Klauen und Zähnen dagegen wehren. Und nicht nur das. Wenn der mögliche Profit staatlich begrenzt wird, fehlt der wesentliche Anreiz für ein Unternehmen, überhaupt in Deutschland zu produzieren. Damit dann überhaupt noch was läuft, müßte wiederum der Staat eingreifen und Produktion, Arbeit und alles, was damit zusammenhängt, erzwingen oder erkaufen, zum Beispiel durch weitere Subventionen. Der so produzierte Mehrwert, wäre nur noch Machtmittel in der Hand des Staates, verteilt nach "ökonomischen Notwendigkeiten" oder nach Gutdünken wohlgeschmierter Politiker. "Korrupter Staatsdespotismus" könnte das Ergebnis heißen.
Der andere Weg setzt die Prinzipien kapitalistischen Produktion ebenfalls außer Kraft - nur endgültiger. An die Stelle des alles dominierenden und alles bestimmenden Staates könnten wir die freie Assoziation der Produzenten setzen, die selbst und gemeinsam darüber entscheiden, was produziert wird und wofür. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß **wir** den Herrschaften, die jetzt die ganze Zeit palavern, endlich das Wort abschneiden und selbst miteinander über unsere Angelegenheiten reden.
Die Gütermengen, für die jetzt verzweifelt Märkte gesucht werden, könnten schlicht an alle verteilt werden. Besser noch: Wir müßten uns nicht darauf verlassen, welchen Überschuß an welchen Dingen der Markt gerade zufällig auswirft (heute zuviele Autos und morgen zuviel Fleisch und Milch), sondern wir könnten am tatsächlichen Bedarf orientiert produzieren. Also nicht, um am Monatsende mit einer mehr oder weniger leeren Lohntüte nach Hause zu gehen, von der man nicht genau weiß, was und wieviel man sich für das Geld wird kaufen können, sondern, weil wir alle nun mal alles mögliche zum Leben brauchen. Arbeit könnte nicht mehr Beschäftigung zum Gelderwerb sein (wie heute, wo es den meisten Menschen völlig gleichgültig ist, womit sie ihre Lebenszeit vertrödeln, Hauptsache der Rubel rollt), sondern Lebenstätigkeit - frei gewählt und zum Nutzen der Gesellschaft. Dabei könnten wir auch endlich Rücksicht auf unsere natürlichen Ressourcen nehmen; umweltgerechte Technologie wäre nicht "Kostenfaktor", sondern Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand. Wir könnten sie endlich in vollem Umfang und ohne Heuchelei einsetzen.

Wir wollen uns unser Leben nicht mehr von den UnternehmerInnen (oder auch: KapitalistInnen) und ihrem Staat zuteilen lassen. Es gibt keine Legitimation für ihre Macht. Wir sind längst über sie hinausgewachsen, weil wir wissen, daß sie von uns abhängig sind und nicht umgekehrt.

Aber mehrere tausend Jahre Geschichte der Macht lassen sich nicht ohne weiteres überwinden und das Untertanentum und der Glaube daran, daß die Obrigkeit es schon irgendwie richten wird, sind weitvertbreitete Leiden. Es ist an der Zeit, die gesunden Selbstheilungskräfte zu aktivieren! Das erfordert radikales Umdenken- und das sind wir jetzt schon gewöhnt, denn es wird ja auch bei jedem neuen Sparvorschlag geradezu von uns verlangt.

Packen wie es also an! Beginnen wir damit, den Kampf für unsere Interessen selbst zu führen! Das ist der notwendige erste Schritt, um uns über unser Dasein als Dienstboten des Kapitals erheben zu können.

Dezember 1996

Übrigens findet jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im **A-Laden, Rathenower Str. 22 (Berlin-Moabit)** eine unserer spannenden Diskussionsveranstaltungen statt! Ihr seid herzlich dazu eingeladen.

Unsere Postanschrift: PLK 00 23 63 B
10623 Berlin

V.i.S.d.P.: Rosha Rosenblüt, 10407 Berlin

Der bewaffnete Kampf: eine Lehre für die Frauen

Der vorliegende Text aus dem Buch »Geschichte des brasilianischen Feminismus«, geschrieben von einer Aktivistin der brasilianischen Frauenbewegung, Maria Amélia de Almeida Teles, ist kein Forschungsbericht. Es ist Resultat und Medium der politischen Bildungsarbeit der Autorin und unternimmt eine politische Analyse und Selbstreflexion der brasilianischen Frauenbewegung. Ein solcher Blick von innen auf lateinamerikanische Frauenbewegungen wird hier eher selten rezipiert. Er ermuntert dazu, die Aufmerksamkeit beim Lesen nicht nur vergleichend auf historische Fakten und auf die Strukturen der Frauenbewegung in Brasilien, sondem auch auf die Schwerpunkte der Analyse und die Auswahl der Informationen zu richten.

Der Kampf für die Frauenbefreiung sollte niemals in unserer Geschichte von der Suche nach allgemeinen gesellschaftlichen Lösungen abgekoppelt werden. Die politischen Bewegungen jedoch, die die allgemeinen Kämpfe voranzutreiben beanspruchen, haben nur sehr selten die Frauenfrage in den Mittelpunkt des Befreiungsprozesses des gesamten Volkes gestellt.

Diese Vernachlässigung der Frauen ist in den entscheidendsten geschichtlichen Augenblicken am deutlichsten wahrzunehmen. So waren zum Beispiel in der Zeit vor dem Putsch 1964 die Frauen des ganzen Landes nicht organisiert, was die Arbeit der sogenannten »Marschiererinnen« unglaublich erleichtert hat.

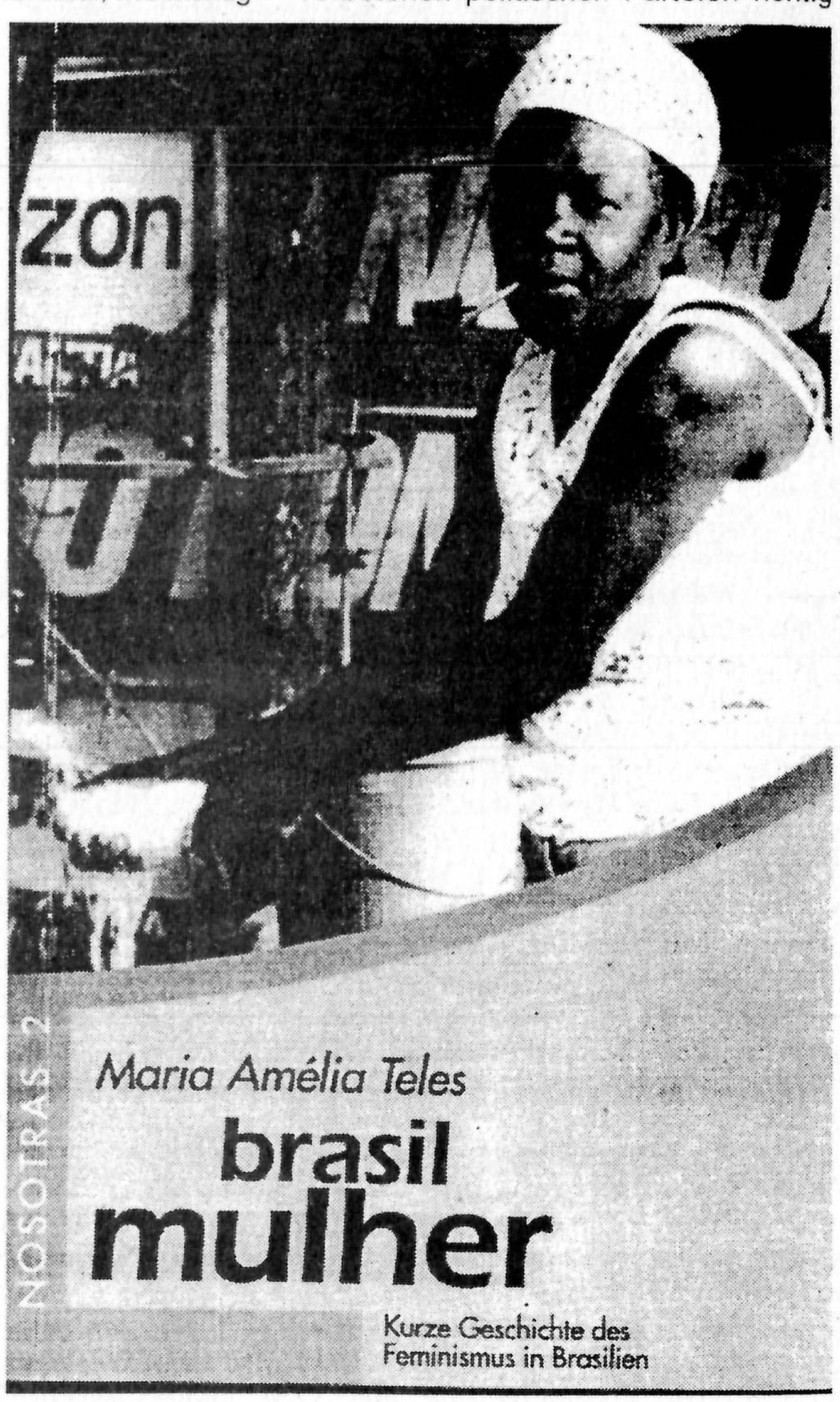
Nach dem Erlaß des Institutionellen Aktes Nr.5 wurden alle legalen politischen Kanäle geschlossen. Täglich führte die Repression vor Augen, wie unmöglich innerhalb der Legalität jede Form des Protestes war. Nicht einmal die unterwürfigste Opposition wurde zugelassen. Die einzige Überlebensform, die den immer härter verfolgten linken Aktivisten blieb, war der bewaffnete Widerstand gegen die Übergriffe und die Willkürherrschaft.

Die Frauen wurden in die Widerstandsorganisationen in den Städten und auf dem Land eingebunden. Diese Organisationen sperrten sich jedoch dagegen, den militanten Frauen die Funktionen zuzugestehen, die sie schon zuvor im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben eingenommen hatten. Anscheinend glaubten sie, Guerrillaaktivitäten seien Männersache. Es gibt keine vertrauenswürdigen Daten zur Mitgliederzahl der bewaffneten Organisationen. Um so weniger gibt es Zahlenangaben über die Frauen, die an diesen Bewegungen teilnahmen. Wir haben versucht, eine Schätzung anhand der Erhebung der Ermordeten und Verschwundenen aufzustellen, die vom *Brasilianischen Komitee für Amnestie* erstellt wurde. Von den 340 aufgeführten Personen sind 40 Frauen (11,7 Prozent). Dieser Anteil stimmt mit den Berechnungen in dem Buch *Perfil dos Atingidos* (Profil der Betroffenen) überein, wo ein Frauenanteil an der Guerilla von 12 Prozent errechnet wird. Die wenigen Studien linker Autoren gehen auf die Beteiligung der Frauen nicht ein. Jacob Gorender, der versucht hat, die Entwicklung der Linken zu verfolgen, erwähnt in seinem Buch *Combate nas Trevas* (Kampf in der Finsternis) nur vier Frauen.

Der entscheidende Faktor war vielleicht das fehlende Verständnis dafür, wie wichtig Frauen für gesellschaftliche Veränderungen waren. Wegen der Repression und auch wegen ihrer dogmatischen Einstellung lebten diese Organisationen weit entfernt vom Rest der Bevölkerung. Dies hinderte sie daran, die Ausweitung weiblicher Tätigkeitsfelder wahrzunehmen. Tatsächlich nahmen die Guerilla-Organisationen gesellschaftliche Veränderungen kaum wahr. Sie hatten sich in der Klandestinität von ihrer Familie und allgemein von zwischenmenschlichen Beziehungen insbesondere zwischen Männern und Frauen entfremdet und unterschätzten dementsprechend die Geschwindigkeit, mit der sich neue Verhaltensregeln und Umgangsformen durchsetzten.

Diese Veränderungen waren das Ergebnis der wirtschaftlichen Umwälzungen, innerhalb derer Frauen sich anders verhalten mußten: Sie übemahmen die Rolle des Familienoberhauptes, konkurrierten auf dem Arbeitsmarkt und begannen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, um weniger Kinder zu bekommen.

Um die Militärdiktatur und den Kapitalismus zu bekämpfen, waren die politischen Vorstellungen dieser Organisationen dennoch richtig. Und Frauen fanden eine Teilnahme an politischen Aktivitäten - die für Männer und Frauen gleichermaßen verboten waren - immer attraktiver. Viele Frauen, die die Ideen der verbotenen politischen Parteien richtig fanden, traten in diese Organisationen ein, auch wenn ihre Einstellung gegenüber Frauen konservativ war.



Viele Männer und Frauen überlebten Folter und Repression, ohne ihre ethische und politische Integrität zu verlieren. Andere überstanden diese Verfolgungs-

methoden nicht. Allen Berichten aus dieser Zeit ist jedoch gemeinsam, daß die Präsenz von Frauen unterschlagen oder verschleiert wird.

Die Frauen, die sich für den Befreiungskampf entschieden, haben von neuem gezeigt, daß sich die brasilianischen Frauen nicht herausgehalten haben: Sie lehnten sich gegen die Tyrannei auf und griffen ihre Gegner direkt an. Ich möchte an dieser Stelle an die Frauen erinnern, die getötet wurden oder noch immer auf der Liste der Verschwundenen stehen.

Maria Angela Ribeiro - Durch Schüsse der Polizei von Rio de Janeiro am 21.6.1968 während der Unterdrückung einer Straßendemonstration getötet.

Alceri Maria Gomes da Silva - Metallarbeiterin, 27 Jahre, am 10.5.1970 ermordet. Ihr Haus wurde von Mitgliedern der Sicherheitskräfte von Sao Paulo gestürmt. Sie erschossen Alceri mit Maschinengewehren zusammen mit einem anderen Aktivisten, Antonio dos Três Reis de Oliveira.

Marilene Vilas-Boas Pinto - Bei einem Schußwechsel am 3.4.1971 verletzt und gefangengenommen. Marilene wurde trotz ihrer Verletzungen und ohne medizinische Behandlung in die Folterkammern des DOI/CODI gebracht und wenige Stunden später ermordet.

Yara Yavelberg - Psychologieprofessorin; beging am 20.8.1971 im Alter von 29 Jahren in Salvador Selbstmord, als sie sich der Gefangennahme widersetzte.

Ana Maria Nacinovic Correia - wurde zusammen mit zwei weiteren Aktivisten am 14.6.1972 aus einem Hinterhalt vor dem Restaurant Varela in Sao Paulo erschossen. Sie war 24 Jahre alt.

AuroraMariadoNascimentoFurtado -Psychologiestudentin an der Universität von Sao Paulo. Sie war die Verantwortliche für die Presse der Studentenorganisation des Bundesstaats Sao Paulo. Sie wurde am 9.11.1972 in Parada de Lucas in Rio de Janeiro verhaftet und auf die Polizeiwache Invernada da Olaria gebracht. Sie starb nach brutalen Folterungen am 10.11.1972.

Gastone Lücia Beltrao - wurde am 12.1.1972 in der Avenida Lins de Vasconcelos in Sao Paulo von der Mannschaft des Polizeibeamten Fleury im Alter von 21 Jahren erschossen.

Ligia Maria Salgado Nóbrega - Pädagogikstudentin an der Universität Sao Paulo, wurde am 29.3.1972 erschossen, als Mitglieder des DOI/CODI in das Haus eindrangen, in dem sie sich gerade befand.

Lourdes Maria Wanderley Pontes - Sie starb am 29.12.1972 unter der Folter, nachdem sie in ihrem Haus verhaftet worden war. Der Mord geschah in den Räumen des DOI/CODI.

Maria Regina Lobo Leite Figueiredo - ehemaliges Mitglied der Katholischen Studentengemeinde. Sie hatte Philosophie an der Nationalen Philosophischen Universität Brasiliens in Rio de Janeiro studiert. Sie wurde am 29.3.1972 verletzt, als Mitglieder des DOI/CODI in ihre Wohnung eindrangen, und starb unter der Folter.

Anatália de Souza Alves de Melo - wurde am 13.1.1973 verhaftet und vom DOPS schwer gefoltert. Um der Folter zu entkommen, beging sie Selbstmord, indem sie sich in einer Toilette selbst verbrannte.

Ranúsia Alves Rodrigues - am 28.10.1973 zusammen mit drei Genossen ermordet. Nachdem sie unter bis heute ungeklärten Umständen verhaftet worden waren, wurden sie auf dem Sentinela-Platz in Jacarepagua, einem Stadtteil von Rio de Janeiro, in ein Auto gesetzt, das von den Agenten der DOI/CODI in Brand gesetzt wurde. Sie war 25 Jahre alt.

Soledad Barret Viedma - im siebten Monat schwanger, wurde bei dem Massaker vom 7.1.1973 im Landesinneren von Pemambuco von der Mannschaft des Polizeibeamten Fleury gefoltert und ermordet. Sie war 25 Jahre alt.

Sónia Maria Lopes Moraes - im Alter von 28 Jahren am 30.11.1973 ermordet. Sie wurde zusammen mit einem anderen Genossen verhaftet und in den Räumen der OBAN von Sao Paulo gefoltert.

Lyda Monteiro da Silva - Sekretärin einer brasilianischen Rechtsanwältevereinigung. Sie wurde am 27.8.1980 bei einem terroristischen Anschlag, der von Angehörigen des Militärs verübt wurde, umgebracht.

Margarida Maria Alves - Landarbeiterin und Spitzenklöpplerin, Präsidentin der Landarbeitergewerkschaft von Alagoa Grande, Sergipe, in Paraiba. Sie wurde im Auftrag von Großgrundbesitzern am 12.8.1980 von einem Auftragsmörder umgebracht.

Catarina Abi-Ecab - gestorben im November 1968 in der Nähe von Vassouras im Bundesstaat Rio de Janeiro, als ihr Auto, mit dem sie Sprengstoff transportierte, explodierte.

Carmem Jacomini - nahm an der Guerilla vom Ribeira-Tal im Bundesstaat Sao Paulo teil. Sie ging zuerst nach Chile und dann nach Frankreich ins Exil. Sie verstarb unter ungeklärten Umständen Ende April 1977 in Frankreich.

Maria Auxiliadora Lara Barcellos - wurde am 21.11.1969 zusammen mit ihrem Freund Chael verhaftet. Beide wurden brutal gefoltert, und sie mußte den Tod ihres Freunds miterleben. Sie beging am 1.5.1976 in Deutschland, wohin sie ins Exil geflüchtet war, Selbstmord.

Teresinha Viana de Jesus - Ökonomin und Angestellte der Bundessparkasse. Sie ging ins Exil nach Amsterdam und arbeitete dort in der Stadtverwaltung. Sie beging am 2.2.1976 Selbstmord.

Ana Rosa Kucinsky Silva - Sie und ihr Mann wurden am 22.4.1974 in Sao Paulo verhaftet und »verschwanden«.

Aurea Pereira Valadao - Sportstudentin an der Universität von Rio de Janeiro. Sie arbeitete als Lehrerin in der Region von Araguaia und beteiligte sich zusammen mit ihrem Mann an der Guerillabewegung. Sie soll 1973 in Maraba, Bundesstaat Para, verhaftet worden sein und gilt seitdem als »verschwunden«.

Dinaelsa Soares Santana Coqueiro - Geographiestudentin an der Bundesuniversität von Bahia. Seit dem 25.12.1973 im Zusammenhang mit den Militäroperationen gegen die Guerilla von Araguaia »verschwunden«.

Dinalva Oliveira Teixeira - Geologin und Angestellte im Ministerium für Energie und Bodenschätze in Rio de Janeiro. Sie nahm ab 1970 an der Guerilla von Araguaia teil und »verschwand« am 23.12.1973, schwer an Malaria erkrankt, während eines Militärangriffs auf ihre Gruppe.

Eleni Telles Pereira Guariba - Professorin und Leiterin der Städtischen Theatergruppe in Santo André im Bundesstaat Sao Paulo. Sie wurde am 12.7.1971 von Männern des DOI/CODI verhaftet und ist seitdem »verschwunden«.

Helenira Rezende de Souza Nazareth - Philosophiestudentin an der Universität von Sao Paulo, Präsidentin der Studentenorganisation im Jahr 1968 und Leiterin der Nationalen Studentenunion von 1969 bis 1970. Sie wurde von der Abteilung des Polizeikomissars Fleury verhaftet und gefoltert und 1971 freigelassen. Am 29.9.1972 wurde sie durch Schläge mit Gewehrkolben in der Araguaia-Region erschlagen. Das Militär gab weder ihren Tod zu, noch wurden die Reste ihres Körpers ihrer Familie übergeben.

Jeda Santos Delgado - Rechtsanwältin und Mitarbeiterin der Nationalen Abteilung für die Erschließung von Bodenschätzen in Rio de Janeiro. Sie wurde am 11.4.1974 in Sao Paulo verhaftet und ist seitdem »verschwunden«.

Isis Dias de Oliveira - Studentin der Sozialwissenschaften an der Universität von Sao Paulo. Sie wurde am 30.1.1972 im Alter von 30 Jahren in Rio de Janeiro vom Militär verhaftet. Am 13.4.1972 wurde sie an die Kriegsmarine überstellt und anscheinend auf die Insel Ilha das Flores gebracht. Danach gibt es über sie und einen weiteren Kampfgenossen, der zusammen mit ihr verhaftet wurde, keine Informationen mehr.

Jana Moroni Barroso - Biologiestudentin an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro, schloß sich im April 1971 der Guerilla von Araguaia an. Sie ist seit dem Militärangriff im Jahre 1974 »verschwunden«.

Lucia Maria de Souza - Medizinstudentin in Rio de Janeiro und Praktikantin im Krankenhaus Pedro Ernesto bis 1970. Sie wurde im Kampf in der Araguaia-Region verletzt, gefangengenommen und starb am 24.10.1973.

Luiza Auguste Garlippe - Sie arbeitete bis 1969 als Krankenschwester im Krankenhaus Hospital das Clínicas in Sao Paulo. Sie ist als Mitglied der Guerilla von Araguaia seit dem 25.12.1973 »ver-

schwunden«.

Maria Auguste Thomaz - Studentin am Instituto Sedes Sapientiae der Katholischen Universität Sao Paulo. Sie wurde im Mai 1973 zwischen den Städten Rio Verde und Jataí in Goias von Mitgliedem des DOI/CODI getötet.

Maria Cilia Correa - Studentin der Sozialwissenschaften an der Nationalen Schule für Philosophie in Rio de Janeiro. Sie wurde Anfang Januar 1974 in Araguaia gefangengenommen und unverletzt nach Xambioá in Para gebracht. Sie ist seitdem »verschwunden«.

Maria Lucia Petit da Silva - Grundschullehrerin in Sao Paulo. Sie wurde während des ersten Militärangriffs in Araguaia, der von April bis Juni 1972 dauerte, erschossen. Sie war 22 Jahre alt.

Suely Yomiko Kanayama - Studentin und Assistentin am Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften an der Universität Sao Paulo bis zum Jahr 1970. Sie wurde im Kampf gegen die Guerilla von Araguaia Anfang 1974 verletzt und anschließend erschossen.

Telma Regina Cordeiro Correia - Geographiestudentin an der Nationalen Schule für Philosophie, von der sie 1968 ausgeschlossen wurde. Sie ist seit 1974 in Araguaia »verschwunden«.

Walquiria Afonso Costa - Studentin an der Kunstschule der Bundesuniversität von Minas Gerais. Sie war seit 1971 Mitglied der Guerilla von Araguaia, wo sie 1974 gefangengenommen und zu Tode gefoltert wurde.

Maria Regina Marcondes Pinto - von der brasilianischen Bundespolizei im April 1976 in Buenos Aires verschleppt.

Nilda Carvalho Cunha und ihre Mutter - Gymnasiastin. Sie wurde am 20.8.1971 von Mitgliedem des DOI/CODI verhaftet. Am 1.11.1971 wurde sie mit schweren Folterspuren freigelassen. Sie starb am 14.11.1971, wahrscheinlich an den Folgen einer Vergiftung während ihrer Haftzeit. Ihre Mutter begann vollkommen verzweifelt, in der Öffentlichkeit den Tod ihrer Tochter anzuklagen und wurde eines Tages unter mysteriösen Umständen erhängt in Salvador de Bahia aufgefunden.

Miriam Lopes Verbena - von Beamten der Bundespolizei am 8.3.1972 in der Nähe von Caruaru in Pemambuco umgebracht.

Jane Vanine - von der chilenischen Polizei am 4.12.1974 in Santiago ermordet.

Auch in der Guerilla kamen Frauen auf feministische Ideen

Von 1969 bis 1974, während sich Frauen am bewaffneten Kampf beteiligten, bekamen sie die Diskriminierung durch ihre eigenen Genossen zu spüren. Sie bestand sowohl in beschützender Bevormundung als auch in Unterschätzung ihrer physischen und intellektuellen Fähigkeiten. Diesmal mußten sich die Frauen zwar nicht als Männer verkleiden, um in den Krieg zu ziehen, wie es Maria Quitéria zu anderen Zeiten getan hatte. Aber die Kommandanten erwarteten von den Guerilleras, daß sie sich wie Männer verhielten.

Criméia Almeida (Ex-Guerillera der Araguaia-Region, heute 46 Jahre alt) erklärt, das Guerilla-Kommando habe von einer Frau erwartet, »dieselbe körperliche Kraft, dieselben Gewohnheiten und dieselbe Kälte im Umgang mit den eigenen Gefühlen wie Männer zu entwikkeln. Das Kommando zweifelte daran, daß wir zu militärischen Aufgaben fähig waren.«

Es gab jedoch auch Männer in der Guerilla, die wahrnahmen, daß sie ihre Haltung ändern mußten. Als der Tod von Genossen alltäglich wurde, fühlten sie sich schwach. Oft wünschten sie sich, ihre angestauten Verlust- und Trauergefühle ausdrücken zu dürfen.

Einige Guerilleras versuchten, dem männlichen Modell nachzueifern. Sie glaubten, daß sie so die militärischen Aufgaben am besten erfüllen würden. Andere aber lernten, daß es besser war, die Differenz positiv zu werten und neue Lebensweisen und andere Formen politischer Arbeit zu suchen.

Laut militärischer Strategie fielen den Frauen die Aufgaben der Beobachtung, Aufklärung und logistischen Unterstützung zu. Das Kommando jedoch war Männersache. Nur ausnahmsweise übemahm die eine oder andere Frau diese Aufgabe.

Männer traten in die Guerilla-Organisationen meist mit etwas Vorwissen über militärische Strategien ein. »Wir Frauen dagegen erlebten militärische Handlungen zum ersten Mal«, erklärt die Guerillera Criméia. Die Frauen selbst hatten ihre Teilnahme am bewaffneten Kampf gefordert, und das hatte von Anfang an intensive Diskussionen innerhalb der Organisationen hervorgerufen. Allerdings waren die leitende Guerilleros nicht bereit, mit der Frauenfrage Zeit zu verlieren - den das männliche Modell galt sowieso als das beste für den Krieg.

Liebe und Mutterschaft wurden als hinderlich für den Guerillakampf angesehen. Das Ideal war sexuelle Abstinenz. Da das in der Praxis nicht eingehalten werden konnte, tat man so, als ob Sexualität vor allem bei den Frauen in der Guerilla gar nicht existiere. Criméia erklärt, daß sie während ihrerzeit als Guerillera auch keine Homosexualität, weder bei Männern noch bei Frauen, wahrgenommen habe. »Aber da man nicht über solche Dinge sprach, kann ich nicht behaupten, daß es das nicht gab«, schließt sie.

All dies geschah in einem Klima intensiver Zuneigung zwischen den Guerilleros, die im Regenwald unter schwierigen Bedingungen lebten und sich dauernd der Todesgefahr bewußt waren.

Als Criméia verhaftet wurde, war sie im siebten Monat schwanger. Sie erklärt: »Sexuelle Gewalt war allgegenwärtig: Ich mußte während der Verhöre nackt sein, und die Folterer fügten mir Elektroschocks am Bauch, an den Brüsten und an dem Körperteil zu, den sie alle für das 'Beste' oder 'Schlechteste' meines Körpers hielten. Einmütig fanden alle den Körper einer schwangeren Frau schrecklich häßlich. Unter diesen Bedingungen kann eine Frau unerwartet reagieren; Todesdrohungen können wir mit einem neuen Leben beantworten.«

Auch die städtische Guerilla konnte Frauen für ihre Operationen einplanen. Suzana Lisboa, in den 70erJahren Aktivistin der *Nationalen Befreiungsaktion (ALN)*, meint: »Die Integration von Frauen in den bewaffneten Kampf war aus der Sicht der Organisation vorteilhaft. Denn in einer sexistischen Gesellschaft, in der Frauen nicht anerkannt und berücksichtigt werden, nimmt selbst das Militärregime sie nicht sofort als potentielle Gegnerinnen im Krieg wahr. Anfangs rechneten die Militärs mit dem Kampf gegen bärtige bewaffnete Guerilleros, nicht jedoch gegen Frauen oder Jugendliche, die ruhig von einer militärischen Aktion weggehen und auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Menge untertauchen konnten.«

Frauen konnten auch einfacher gefälschte Dokumente beschaffen. Denn sie mußten keine Reservisten-Bescheinigung vorweisen, und damit war es für sie leichter, eine Arbeitsstelle zu bekommen und eine legale Fassade aufrechtzuerhalten.

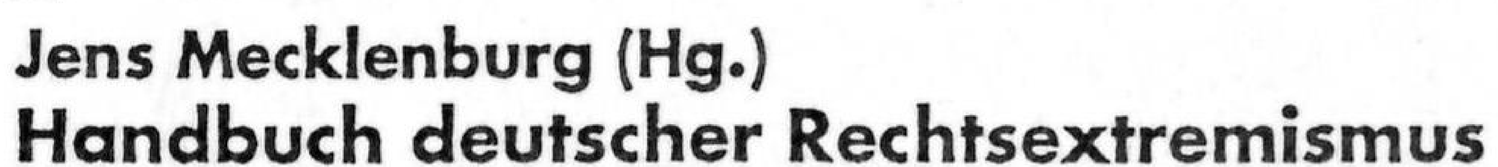
Suzana erzählt: »Ich selbst trug einen Minirock, damit die für die Repressionsapparate arbeitenden Männer mehr auf meine Schenkel als auf meinen Bauch schauten, wo ich die Waffen versteckte.« Die Repression benutzte ebenso wie die linken Organisationen Frauen dazu, um Hinterhalte vorzubereiten und setzte sie in den Suchtrupps ein. Es war üblich, daß »Liebespaare« linke Aktivisten ausspionierten, verfolgten und verhafteten. Die für die Verhöre verantwortlichen Einheiten bestanden dagegen ausschließlich aus Männem. Frauen wurde nicht zugetraut, Gewalt bis zur letzten Konsequenz ausüben zu können.



Nachtrag zum Concert von Type - O - Negativ am 5. Dezember in der " Arena "

Wir haben während des Concerts von Type - O Negativ in der Arena Eichenstr. 4 , Berlin - Treptow für viel Aufregung und Gestank gesorgt . Wir konnten zwar nicht verhindern , daß dieser Rassist auf die Bühne kam jedoch zum Ausdruck bringen , daß es uns gehörig anstinkt und wir das nicht hinnehmen werden.
Vielen Leuten , der schmucken Security und den zahlreichen Zivis ist sicherlich die Lust ver - gangen aber wir , hatten unseren Spaß !!!!!
Im Publikum befanden sich ausgesprochen viele ekelige Typen und auch Nazi mit Aufnähern und eindeutigen T-Shirts .

KEINE AUFTRITTSMÖGLICHKEITEN FÜR RASSISTEN !!!!!



Einige Anmerkungen zum Earth Crisis-Konzert am 21. Dezember im SO36

Earth Crisis ist die Hauscombo der militanten „Erdbefreier", Frontliner/Hardliner. Auch wenn Hardline in den letzten Jahren nicht mehr so offen auftritt halten wir es für wichtig und richtig, sich mit militanten ökofaschistischen Gruppen innerhalb der Hardcoreszene auseinanderzusetzen. Sogenannte „Hardliner" sind vornehmlich weiße Sojamilch-trinkende Mittelschichtkid's aus der veganen und drogenfreien (straight edge) Hardcoreszene. Während in den USA die Scenes von Hardlinern und Frontlinern praktisch identisch sind, hat sich in der BRD nach Kritik vor allem aus feministischen Zusammenhängen eine taktische Aufspaltung ergeben: die Frontliner distanzieren sich in gewissem Maß von offen schwulen/lesbenfeindlichen und Anti-Abtreibungssaussagen der Hardliner; personell bestehen aber immer noch Überschneidungen, inhaltlich basieren beide Richtungen auf dem gleichen Irrsinn: Leben nach vermeintlichen Naturgesetzen, Sexualität soll nur für Fortpflanzung gut sein, usw. usf.
Symbolisch für diese Szene steht die Band Earth Crisis aus Syracuse. Sie propagieren ein strenges Leben nach vermeintlichen Naturgesetzen. Homosexuelle/Lesben haben für sie nicht nur ein abnormes Verhalten ,sondern gehören neben abtreibenden Frauen bekämpft. Auf ihrer '92 Debütsingle „ All out War" singen sie "Demon with blood on your hands", for the fetus, for the cat, for the cow, for the rat, for innocent victims, we will attack, we will attack. Sänger Karl Buechner begründet das so :"Jedes unschuldige Leben muß respektiert werden. Sei es ein Tier oder eben ein ungeborenes Kind" .Damit ist Tür und Tor zu militanten Abtreibungsgegnern offen.

!!!Wurde dies innerhalb der radikalen Linken vor einigen Jahren mit einem müden Lächeln abgetan ist es jetzt ganz normal daß sich Tierrechtler und deren militanter Anhang wie selbstverständlich in der linksradikalen Szene bewegen können!!!

So konnte man auf den letzten Earth -Crisis Gigs in Berlin schon mal ganz viele kleine Jungs mit Anti-Abtreibungs Stickern bewundern,so mögen das viele als pubertäre, unüberlegte Sache abtun, doch steht eine ganz klare sexistische, rechte Ideologie dahinter. Vielleicht ist es ja den sonst so aufmerksamen Politmenschen aufgefallen das es in der Hardcoreszene vor einiger Zeit einen Wandel gegeben hat. Es sind viele junge Leute hinzugekommen, linke Inhalte sind so gut wie nicht mehr vorhanden, dafür jede Menge sektiererisches, moralisierendes Denken.
So fand vom 19. bis 21. Juli 1996 in Memphis/Amerikkka der jährliche Hardlinekongreß statt, der bezeichnenderweise „Survival of the fittest" hieß. 150 Delegierte aus aller Welt waren da, auch die Leute von Earth Crisis, die sich an mehreren Arbeitsgruppen beteiligten. Unter anderem gab es den schönen Vorschlag, sich mit rechtsradikalen Wehrsportgruppen zu vernetzen. Höhepunkt des Kongresses war die von Hardline initierte Demonstration vor einer Abtreibungsklinik gegen das Recht aufAbtreibung.
Doch wie geht die radikale Linke damit um: einfach ignorieren oder mit gesteigerten Zynismus konfrontieren?

Zu den Auseinadersetzungen um Frontline/Hardline empfiehlt es sich, die Debatte in der Interim vor zwei/drei Jahren nochmal anzuschauen. Siehe auch Antifaschistisches Infoblatt Nr. 32 von November/Dezember 1995

Frau Elster und Herr Fuchs



»I left no stone unturned just to go on this vessel«

[Ich ließ keinen Stein unbewegt, um auf dieses Schiff zu kommen]

Hafenrundfahrten, Diskussionen und Film: »Blinde Passagiere« im Hamburger Hafen

Wer hat sich nicht - an der Elbe stehend - schon einmal gefragt: Wo kommt dies Schiff her, wo fährt jenes hin und was hat es an Bord? Doch nur wenige kommen auf die Idee, daß vielleicht zwischen Säcken, Fässern oder Containern versteckt Menschen mitreisen.
Mit dem Begriff »Festung Europa« wird beschrieben, daß die in der EU vertretenen Regierungen mit verschiedensten Mitteln verhindern, daß Menschen von Außerhalb legal hereinkommen. Die Aushöhlung des Asylrechts, die Verschärfung der sog. »Ausländergesetze« und vor allem das Schengener Abkommen verhindern zunehmend effektiv, daß z.B. Afrikaner legal nach Europa einreisen können, um hier vor Krieg und Folter sicher zu sein, ihr Überleben zu sichern.

Eine der letzten Möglichkeiten ist, es mit dem Schiff zu versuchen. Die Frachter laufen ja schließlich die Häfen an, um Kakao, Palmöl oder Bananen zu laden. Letztendlich kann keine Schiffscrew verhindern, daß stowaways - so ist das englische Wort für Blinde Passagiere - trotz intensiver Suche vor dem Auslaufen mit an Bord sind, wenn die Schiffe nach Europa oder Nordamerika ablegen. Doch auch für diese Möglichkeit haben sich die »Festungsherren« etwa ausgedacht: Die Reedereien

müssen, genau wie die Fluggesellschaften, die Kosten tragen, die durch stowaways entstehen.
Dies führt auf See oft zu einer heiklen Konfrontation: Die stowaways werden z.B. auf der Suche nach Trinkwasser entdeckt. Sie treffen auf Seeleute, deren Reedereien den Druck der Gesetze auf ihre Kapitäne weitergegeben haben: stowaways kommen uns teuer, der Konkurenzkampf ist hart, wenn wir pleite machen, seit ihr ohne Arbeit. Dies führt dazu, das stowaways auf See ermordet und über Bord geworfen werden.

Doch oft geht es auch anders: z.B. erreichten im Februar dieses Jahres neun Liberianer an Bord eines Kakaofrachters Hamburg. Schiffsführung und Seeleute zeigten Größe und behandelten die stowaways menschlich.

Nicht so die Hamburger Behörden. Die Wasserschutzpolizei brachte - wie es beschönigend heißt - regelhaft die drei Älteren zur Rückschiebehaft ins Untersuchungs-gefängnis. Die sechs Minderjährigen wurden nach einer Nacht in Hamburg wieder der Schiffsbesatzung übergeben, mit der Auflage sie an Bord einzusperren. Erst massive Bemühungen von UnterstützerInnen und Rechtsanwältinnen machte es möglich, daß die Liberianer einen Asylantrag stellen und Gefängnis und Schiff verlassen konnten, letzteres in der Augehkleidung der Seeleute. Die UnterstützerInnen und die Liberianer haben Freundschaft geschlossen und so ist es möglich, daß wir gemeinsam auf einer Hafenrundfahrt mit Dias die Geschichte erzählen und viele Informationen über stowaways, Behördenpraxis, Reedereien, Versicherer und Asylverfahren geben können. Außerdem zeigen wir einen Film über ghanaische Flüchtlinge, deren Reise als stowaways tödlich verlief. Hinter beiden Veranstaltungen gibt es die Möglichkeit zum Gespräch.

Veranstalter sind die Arbeitsgruppe Blinde Passagiere und die Hamburger Hafengruppe in Zusammenarbeit mit dem W3-Bildungswerk und B-Movie

»Deadly Voyage«

Der Spielfim »Deadly Voyage« erzählt die Geschichte des Ghanaers Kingsley Ofusu, der 1992 mit acht anderen jungen Afrikanern mit der MC Ruby versucht, in die USA zu gelangen. Vor der portoguisischen Küste werden sie entdeckt, erschossen oder erschlagen und über Bord geworfen. Nur Kingsley kann sich retten, verstecken und in Rouen, Frankreich, unbemerkt das Schiff verlassen.
Die Behörden leiten Ermittlungen ein, französische Menschenrechtsorganisationen unterstützen den Ghanaer, die Presse wird aufmerksam.1995 werden der Kapitän und Schiffsoffiziere zu hohen Haftstrafen verurteilt. 1996 dreht die BBC und ein US-Team den Spielfilm "Deadly Voyage". Dieser wird im Oktober 96 in Ghana uraufgeführt und etwas später im englischen Fernsehen gesendet.
England/USA 1996, Farbe, Originalfilm, 90 min Regie: John Mackenzie

TERMINE

Es ist soweit. EXXIL-INFO

Die Deutsche Bahn will neun Menschen, ihre Wohnungen und das selbstverwaltete Kulturzentrum EXXIL zerstören. Am Dienstag den 14.Januar 1997 findet der PROZESS gegen das EXXIL statt.

Wir brauchen Eure / deine Unterstützung, veröffentlicht,spendet,schreibt oder faxt uns Eure / deine Solidarität,denn unser Motto lautet:

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

Weitere und nähere Informationen im Info-Cafe EXXIL ; Öffnungszeiten jeden Mittwoch von 15 - 22 Uhr mit Volxküche.

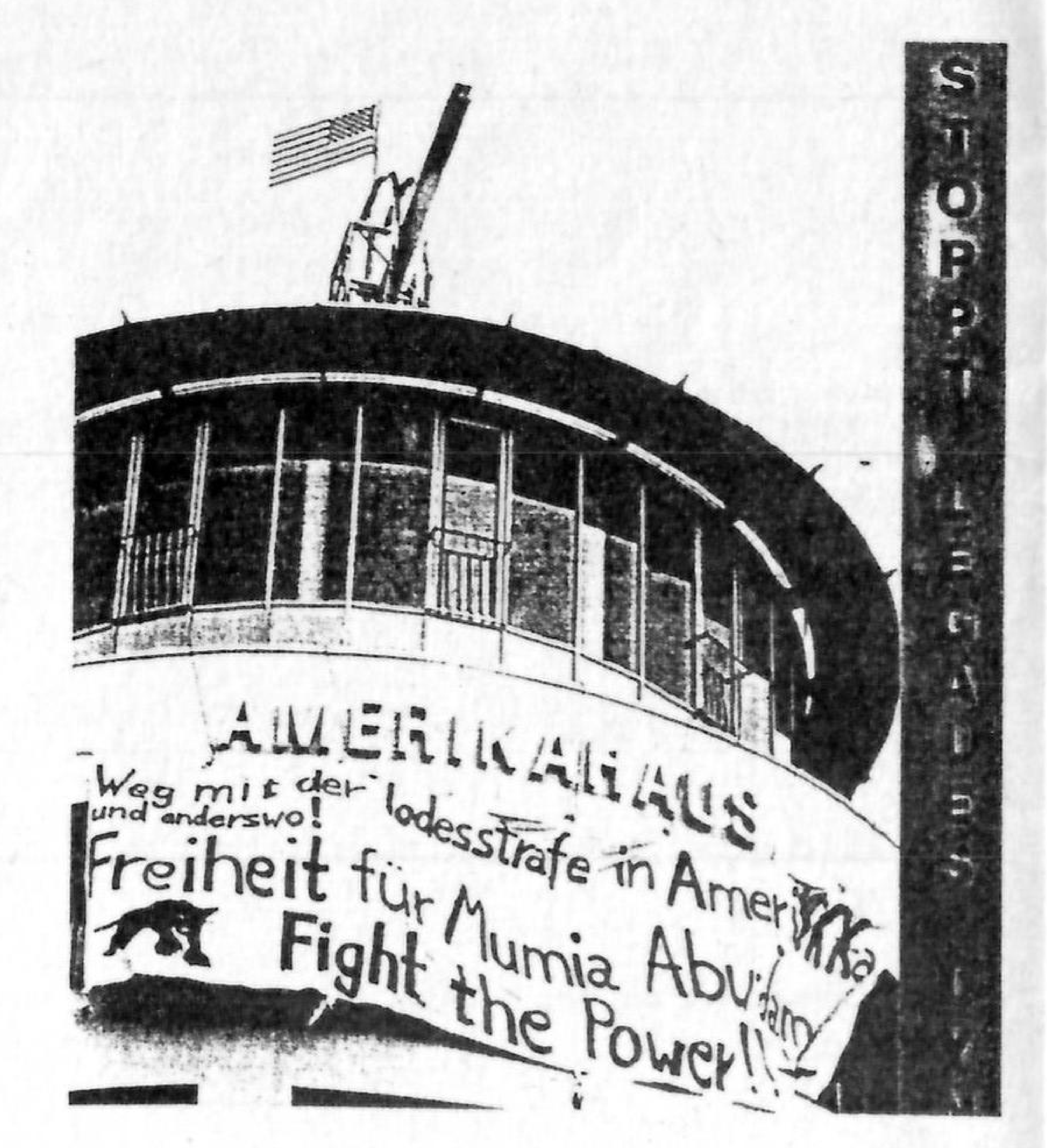
Prozeßtermin: 14. Januar 1997

10 Uhr 30 Landgericht M.gladbach Hohenzollernstr.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

EXXIL,Eisenbahnstr. 131, 41239 Mönchengladbach
Tel.: 02166/31266 Fax: 02166/32480

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft BfG
BLZ: 310 101 11
Kontonummer: 2405115700
Stichwort:: Initiative Eisenbahnstr.



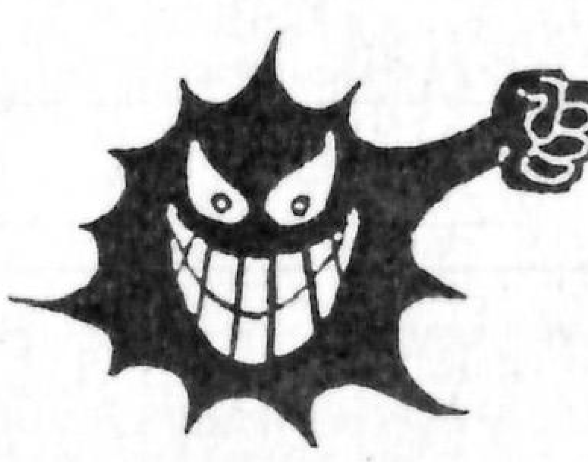
Solidarität braucht Geld!!
Deshalb bestellt massenhaft die Solidaritätspostkarte für Mumia Abu Jamal.
Das Photo auf der Postkarte entstand beim Aktionstag für Mumia Abu Jamal 1995 in Bielefeld und zeigt ein Transparent am bielefelder "Amerikahaus".
Säm tliche Einnahmen abzüglich der super niedrigen Druckkosten und Porto sind für die Kosten der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mumia Abu Jamal.
Die Postkarte zum Soli-Preis von DM -,50 pro Stück zzgl.Porto ist beim Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld erhältlich. Mindestbestellmenge 20 Karten gegen DM 13,- (incl.Porto) in Briefmarken. Größere Mengen, z.B. für Info- und Buchläden verschicken wir gegen Rechnung. Also los, solange der Vorrat reicht.

55 Millionen



MIT PHANTASIE UND ENTSCHLOSSENHEIT GEGEN ATOMTRANSPORTE

Inhalt



2	Inhalt
3	Aktuelles
4 - 5	Frühjahrsputz
6	Das Polizeigesetz wird verschärf
7	Guter Rat von Experter
8 - 9	Jeden Tag eine gute Ta
10 - 13	Stoppt die Bahı
14 - 17	Der kleine Zugbegleite
18 - 24	Hau weg die Scheiß
25	Sanigrupp
26 - 27	Brandgefährlic
28 - 29	Verladekran pu
30	Quatsch nich dumm rur
31 - 38	Karten zum Gebrauc
39 - 54	Spuren - Eine Gegenuntersuchun
55 - 57	Bäuerliches Ger
58 - 61	Rechtshilfetip
62 - 63	Brandschutzbestimmunge
64 - 65	Überwachungstip
66	CASTORprozesse beginn
67	Rechtsschutzkas

Der zweite Castor-Transport für Gorleben rollt doch schneller als erwartet: Bereits im Februar machen sich Tausende von Polizisten bei Temperaturen von minus 20 Grad mit der heißen Fracht auf den Weg. In einer Nacht- und Nebelaktion soll der Transport stattfinden. Medien und Atomkraftgegner wissen, so glaubt man, nichts von dem Termin. Doch als in der Nacht zum 15. Februar der Troß die Dömitzer Brücke erreicht, erscheinen protestierende Bauern mit ihren Treckern. Um die geheime Mission auch weiterhin geheimzuhalten schiebt die Polizei in einer Kurzschlußreaktion den Castor in die eiskalte Elbe. In diesen natürlichen Abklingbecken könne der Castor ruhig ein paar Wochen bleiben, sagt daraufhin Bundesumweltministerin Merkel. Mit Tiefgekühltem habe sie in ihrer Küche stets gute Erfahrungen gemacht.

Wege zu Wissen und Tatkraft





Größenwahn
-Veranstaltungsetage-
PROGRAMM
für **Dezember**



Samstag, 21.12.96

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr Film: „Dschungelbuch"
...Versuch's mal mit Gemütlichkeit, mit Ruhe und Gemütlichkeit...
Eintritt frei

Freitag, 20.12 .96

FrauenLesbenVideoKino
„Out in Friedrichshain":

21.00 Uhr: „Anne Trister - Zwischenräume"
Kanada, 1985 Regie: Lea Pool

Eintrittsspende bis 4 mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesbenprojekte gespendet wird.

In eigener Sache...
Ihr könnt auch eigene Veranstaltungen im GRÖßENWAHN machen.
Abgabentermin für dieses Programm ist der 20. des Vormonats
Meldet Euch vorab telefonisch!
Für Frauen/Lesben-Veranstaltungen könnt Ihr uns unter der Tel. 294 76 88 anrufen



Um die Arbeit im Projekt Größenwahn aufrecht zu erhalten sind wir auf Spenden angewiesen.

Laufende Kosten, wie Instandhaltung und Betrieb, ReferentInnenhonorare oder KünstlerInnengagen können nicht über erhöhte Eintrittsgelder gedeckt werden.

Deshalb bitten wir um Spenden!

Bankverbindung:
Berliner Volksbank,
BLZ 100 900 00
Kto. 411 225 79

Empfänger:
Symbiose e.V.
Stichwort: „Spende"



Größenwahn
Kinzigstraße 9 Hinterhaus
10247 Berlin
Tel. 291 80 83

24.12. ab 22 Uhr: Wie immer große Weihnachts-Party im Ex
Gneisenaustr. 2A, U-Bahn Mehringdamm



Sylvester zur Plötze!



FrauenLesben-Musikkundgebung vorm Knast


FrauenLesben

Musikkundgebung

31.12. ab 23.30 Silvester zur Plötze!
Friedrich-Olbricht-Damm 17

31.12.1996

23:30 Uhr


Thank you for writing